

Antragsbuch des Landesparteitages 2011.1

Piratenpartei Brandenburg

30. Januar 2011

Inhaltsverzeichnis

I	Satzungsänderungen	3
1	Eingereichte Satzungsänderunganträge	3
	SÄ01 – Antrag auf Neufassung der Landessatzung	3
II	Grundsatzprogramm	13
1	Allgemein	13
	GP01 - Das bisherige Programm ist ungültig	13
	GP02 - Ein Landesprogramm wird auf diesem LPT noch nicht beschlossen	13
	GP03 - Bezeichnung als Grundsatzprogramm	14
2	Präambel	15
	GP04 - Einleitung	15
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 01: Präambel	15
	GP06 - Präambel (umformuliert)	16
3	Transparenz, Demokratie, Bürgerrechte, Datenschutz	17
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 02: Mehr Demokratie und Bürgerrechte	17
	GP07 - Demokratie erweitern	17
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 03: Mehr Transparenz des Staatswesens	18
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 04: Privatsphäre und Datenschutz	18
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 05: Bürgernahe Verwaltung	19
4	Bildung und Wissenschaft	20
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06: Bildung und Wissenschaft	20
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.1: Recht auf Bildung	20
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.2: Vielfalt und Wahlfreiheit	21
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.3: Demokratisierung von Bildungseinrichtungen	21
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.4: Gemeinschaft und Individualität vereinen	22
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.5: Freier Zugang zu Wissen und wissenschaftlichen Ergebnissen	22
	GP08 - Wissenschaft	23
5	Kunst und Kultur	24
	GP09 - Kunst und Kultur	24
6	Wirtschaft und Soziales	25
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 07: Wirtschaft	25
	GP10 - Wirtschaftsprogramm	25
	GP11 - Wirtschaft (umformuliert)	26
	GP12 - Wirtschaft	27
	GP13 - Wirtschaft (Weiterentwicklungen)	28
	GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 08: Soziales	28
	GP14 - Wirtschaft (Monopole)	29
	GP15 - Grundrecht auf Internetzugang (Breitband)	29

7 Umwelt und Energie	32
GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 09: Umwelt und Energie	32
GP16 - Umwelt und Energie: Modul 1 - Präambel	32
GP17 - Umwelt und Energie: Modul 2 - Energie	33
GP18 - Umwelt und Energie: Modul 2 - Energie (Alternative)	33
GP19 - Umwelt und Energie: Modul 3 - Wasser	34
GP20 - Umwelt und Energie: Modul 4 - Nahrung	35
8 Bauen und Verkehr	36
GP21 - Bauen und Verkehr: Modul 1 - Präambel	36
GP22 - Bauen und Verkehr: Modul 2 - Bauen und Wohnen	36
GP23 - Bauen und Verkehr: Modul 3 - Verkehr und Infrastruktur	37
GP24 - Bauen und Verkehr: Modul 4 - Stadtplanung und Regionalplanung	38
9 Weiteres	39
GP25 - Wahl zur Reihenfolge	39
III Positionspapiere	40
1 Eingereichte Positionspapiere	40
PP01 - Positionspapier "Ablehnung der Polizeistrukturereform in Brandenburg"	40
PP02 - Positionspapier "Online-Dienste zur Bürgerbeteiligung"	40
PP03 - Positionspapier "Ablehnung der Anwendung der CCS-Technologie"	41
PP04 - Positionspapier "Mehr Demokratie wagen"	43
PP05 - Positionspapier "Öffentliche Überwachung einschränken"	44
PP06 - Positionspapier "Eindeutige Kennzeichnung von Polizisten"	44
PP07 - Positionspapier "Bürgerfreundliches eGovernment"	45
PP08 - Positionspapier "Freie Software in der Verwaltung"	45
PP09 - Positionspapier "Eingeschränkte Datenherausgabe durch Kommunalverwaltungen"	46
PP10 - Positionspapier "Senkung des Wahlalters"	46
PP11 - Positionspapier "Kostenloser Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch"	47
PP12 - Positionspapier "Transparente Gesetzgebung"	47
PP13 - Positionspapier "Familienfreundliche Ganztagesbetreuung an Schulen"	48
PP14 - Positionspapier "Schulspeisung"	48
PP15 - Positionspapier "Biometrische Daten"	49
PP16 - Positionspapier "Keine Volkszählung 2011"	49
PP17 - Positionspapier "Depublizieren wieder abschaffen"	50
PP18 - Positionspapier "Verbunddatei 'Gewalttäter Sport' abschaffen oder Bedingungen anpassen"	51
IV Sonstige Anträge	53
1 Liquid Feedback	53
SA01 – LiquidFeedback	53
SA02 – Meinungsbilder zu LiquidFeedback	54
SA03 – LiquidFeedback-Nutzungsbedingungen; Zeitpunkt des Systemstarts	55

Teil I.

Satzungsänderungen

1. Eingereichte Satzungsänderunganträge

SÄ01 – Antrag auf Neufassung der Landessatzung

Antragsteller Nr 75:in spe Wiki-Version: 17:07, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

Antrag auf Neufassung der Landessatzung:

Abschnitt 1 - *Der Landesverband*

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

(1) Der Landesverband Brandenburg (Kurzbezeichnung: PIRATEN Brandenburg) der Piratenpartei Deutschland, im Folgenden Landesverband genannt, ist ein Landesverband der Piratenpartei Deutschland.

(2) ¹Die vorliegende Satzung regelt die Zusammenarbeit der Mitglieder des Landesverbandes. ²Bei gegensätzlichen Regelungen zwischen der Bundes- und der Landessatzung hat die Bundessatzung Vorrang.

(3) ¹Der Sitz des Landesverbandes ist Potsdam. ²Dort befindet sich auch die Landesgeschäftsstelle.

(4) Das Tätigkeitsgebiet des Landesverbandes ist das Bundesland Brandenburg.

§ 2 Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Landesverbandes sind die Mitglieder der Piratenpartei Deutschland, die ihren Wohnsitz im Bundesland Brandenburg haben.

(2) ¹Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand der niedrigsten Gliederung nach Zustimmung des Landesvorstandes. ²Diese gilt als erteilt, wenn der Landesvorstand sich nicht innerhalb von 14 Tagen zum Aufnahmeantrag äußert. ³Besteht keine den Beitrittsort umfassende Gliederung, so entscheidet der Landesvorstand. ⁴Die nachfolgenden Gliederungen können die Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern dem Landesverband übertragen. ⁵Der Landesvorstand entscheidet dann im Einvernehmen mit den Vorständen der Gliederungen.

(3) Gegen die Ablehnung der Aufnahme kann der Antragsteller bei der Mitgliederversammlung des Landesverbandes Widerspruch einlegen, die abschließend entscheidet.

(4) Im Übrigen gelten die §§ 2, 3 und 5 der Bundessatzung in ihrer jeweils geltenden Fassung.

(5) Sämtliche in dieser Satzung verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Menschen jeden Geschlechts, ungeachtet der jeweils, zur Vereinfachung der Lesbarkeit, gewählten generischen Femina, Maskulina oder Neutra.

§ 3 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die grundlegenden Rechte und Pflichten sind in der Bundessatzung geregelt.

(2) ¹Jedes Mitglied hat auf dem Landesparteitag, den Mitgliederversammlungen der Gliederungen und den Vorstandssitzungen der Gliederungen das Recht der freien Rede. ²Die Bemessung der Redezeit wird durch die Geschäftsordnung der betreffenden Versammlung geregelt.

(3) Jedes Mitglied der entsprechenden Gliederung hat im Rahmen dieser Satzung das Recht, Anträge einzubringen und diese zur Abstimmung stellen zu lassen.

(4) Stimmberechtigt sind nur Mitglieder, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen nicht mehr als drei Monate im Rückstand sind.

§ 4 - frei - (Leerparagraph)

§ 5 Gliederung des Landesverbandes

(1) Der Landesverband gliedert sich in Regional- oder Kreis- bzw. Stadtverbände sowie als weitere Untergliederung in Orts- bzw. Stadtteilverbände.

(2) ¹Die Grenzen der Untergliederungen des Landesverbandes sind deckungsgleich mit den politischen Grenzen der Kreise, kreisfreien Städte, Gemeinden und Stadtteile. ²Die Grenzen der Regionalverbände sind deckungsgleich mit denen von aneinandergrenzenden und/oder zusammenhängenden Gebietskörperschaften.

(3) ¹In kreisfreien Städten können Gliederungen zwischen Orts- und Landesverband die Bezeichnung Stadtverband führen; andernfalls führen sie ebenfalls die Bezeichnung Kreisverband. ²Die Regelungen über Kreisverbände gelten auch für Stadtverbände. ³Die unteren Gliederungen können ihre Bezeichnungen frei wählen, sofern diese Bezeichnungen nicht den mittleren Gliederungen vorbehalten sind oder die Bezeichnung den Interessen des Landesverbandes zuwiderläuft.

(4) Organe der Gliederungen sind zumindest die Mitgliederversammlungen und die aus mindestens drei Mitgliedern bestehenden Vorstände; darunter ein Schatzmeister.

(5) ¹Die Mitgliederversammlungen treten mindestens einmal jährlich zusammen. ²Die Untergliederungen des Landesverbandes regeln ihre Angelegenheiten durch eigene Satzung.

§ 6 Ordnungsmaßnahmen

(1) Verstößt ein Pirat gegen die Satzung oder gegen Grundsätze oder Ordnung der Piratenpartei Deutschland und fügt ihr damit Schaden zu, so können folgende Ordnungsmaßnahmen verhängt werden: Verwarnung, Verweis, Enthebung von einem Parteiamt, Aberkennung der Fähigkeit ein Parteiamt zu bekleiden, Ausschluss aus der Piratenpartei Deutschland.

(2) ¹Die in Absatz 1 genannten Ordnungsmaßnahmen, bis auf den Ausschluss, werden vom Landesvorstand angeordnet. ²Den Antrag auf Ausschluss stellt der Landesvorstand bei dem nach der Schiedsgerichtsordnung zuständigen Schiedsgericht, das hierüber entscheidet. ³Der Einspruch gegen die Enthebung von einem Parteiamt oder Aberkennung der Fähigkeit, ein Parteiamt zu bekleiden hat zur Folge, dass die Ordnungsmaßnahme bis zur abschließenden Entscheidung des Schiedsgerichtes keine Wirkung entfaltet.

(3) ¹Ein Pirat kann nur dann ausgeschlossen werden, wenn er vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Piratenpartei Deutschland verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt. ²Der Vorstand muss dem Mitglied den Beschluss der in Absatz 2 Satz 2 oder 3 genannten Ordnungsmaßnahmen in Schriftform unter Angabe von Gründen mitteilen und ihm auf Verlangen eine Anhörung gewähren.

(4) ¹In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Landesvorstand ein Mitglied von der Ausübung seiner Rechte bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes ausschließen. ²Die etwaig bestehende Möglichkeit beim zuständigen Schiedsgericht eine einstweilige Aufhebung dieser Ausschließungsmaßnahme zu beantragen, bleibt unberührt.

(5) Die Gliederungen unterhalb des Landesverbandes können entsprechende Bestimmungen in ihre Satzungen aufnehmen.

(6) ¹Der Landesvorstand ist zu Ordnungsmaßnahmen gegenüber nachgeordneten Gebietsverbänden nach § 6 Absatz 6 der Bundessatzung in der auf der Gründungsversammlung am 10. September 2006 in Berlin beschlossenen, auf dem Bundesparteitag vom 15. - 16. Juli 2010 in Bingen geänderten Fassung, befugt. ²Wird die Maßnahme nicht vom nächsten Landesparteitag bestätigt, so tritt sie am Tage nach diesem Landesparteitag außer Kraft.

(7) Gegen Ordnungsmaßnahmen nach den Absätzen 1, 5 und 6 wird die Anrufung eines Schiedsgerichtes sowie die Berufung an ein Schiedsgericht höherer Stufe nach Maßgabe der Schiedsgerichtsordnung im Abschnitt C der Bundessatzung in der jeweils geltenden Fassung gewährleistet.

Abschnitt 2 - Die Organe des Landesverbandes

1. Unterabschnitt

§ 7 Organe des Landesverbandes

(1) Organe des Landesverbandes sind der Landesparteitag, der Landesvorstand und das Landesschiedsgericht.

(2) Die Annahme und Ausübung mehrerer Parteiämter ist nur in den Fällen zulässig, in denen die Mitgliederversammlung der Gliederung, in der für ein weiteres Amt kandidiert wird, dies für den konkreten Einzelfall beschließt.

2. Unterabschnitt - Der Landesparteitag

§ 8 Landesparteitag

(1) ¹Der Landesparteitag ist das oberste Organ des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei. ²Der Landesparteitag ist die Mitgliederversammlung der Mitglieder der Piratenpartei des Landesverbandes Brandenburg.

(2) Die Einberufung erfolgt aufgrund eines Vorstandsbeschlusses, auf Antrag von mindestens einem Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder des Landesverbandes oder von drei Kreisverbänden bzw. Gebietsverbänden auf Kreisebene im Sinne des § 5 Absatz 2.

(3) ¹Die Einberufung eines ordentlichen Parteitages im Sinne des § 9 Absatz 1 soll spätestens 2 Wochen vor der Einberufung auf der offiziellen Website des Landesverbandes angekündigt werden. ²Die offizielle Website des Landesverbandes wird durch die Geschäftsordnung des Landesparteitages festgelegt. ³Unterbleibt diese Ankündigung, so ist dies unbeachtlich.

(4) Diejenigen, die die Einberufung betreiben, bestellen ein Akkreditierungsteam, das vor Beginn der Tagung nach § 10 dieser Satzung eine vorläufige Akkreditierung der Mitglieder durchführt.

(5) Der Landesparteitag gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9 Ladung

(1) Der Landesvorstand lädt vier Wochen vor Tagungsbeginn unter Angabe des Tagungsortes, des Tages, der Uhrzeit und der vorläufigen Tagesordnung ein.

(2) ¹Bei besonderer Dringlichkeit kann die Einladungsfrist auf bis zu zwei Wochen verkürzt werden. ²Die Dringlichkeit muss in der Einladung begründet werden. ³Die Einladungsfrist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Tag. ⁴Der so einberufene Landesparteitag darf sich nur mit dem benannten Grund der Einberufung befassen.

(3) ¹Die Einladung erfolgt durch Veröffentlichung auf der offiziellen Webseite des Landesverbandes, sowie durch Brief und/oder durch E-Mail an die Mitglieder. ²Verzichtet das Mitglied grundsätzlich oder jeweils nach Empfang der Einladung per E-Mail auf eine schriftliche Einladung, so bedarf es einer solchen nicht.

(4) ¹Spätestens 7 Tage vor dem Parteitag sind die Tagesordnung in aktueller, gegebenenfalls nach § 15 Absatz 2 ergänzter, Fassung, die geplante Tagungsdauer und alle bis dahin dem Vorstand eingereichten Anträge im Wortlaut auf der offiziellen Webseite des Landesverbandes Brandenburg zu veröffentlichen. ²Auf genauere Beschreibungen, Anträge und Entwürfe wird direkt verlinkt. ³Die verlinkten Unterseiten müssen sich auf den offiziellen Web- oder Wikiseiten des Landesverbandes Brandenburg befinden und erhalten eine geeignete Kennzeichnung. ⁴Werden im Wiki Kandidatenlisten aufgestellt, so sollen sie direkt auf die Seite der vorläufigen Tagesordnung bzw. die passende Unterseite verlinkt werden.

(5) ¹Sofern dies geboten ist, enthält die vorläufige Tagesordnung nach Absatz 1 zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten eine kurze Beschreibung der zu behandelnden Angelegenheiten. ²Bei Wahlen enthält sie die genaue Bezeichnung der Ämter oder Listenplätze und deren Anzahl; ist hierzu eine Beschlussfassung der Mitglieder geboten, so enthält sie hierauf einen Hinweis.

§ 10 Tagung

(1) ¹Der Landesparteitag findet mindestens einmal jährlich statt. ²Der Landesparteitag tagt parteiöffentlich, sofern er nicht eine weitergehende Öffentlichkeit beschließt.

(2) ¹Der Landesparteitag wählt zu Beginn mit der Mehrheit gemäß § 24 Absatz 3 Satz 2 und 3 der vorläufig akkreditierten Anwesenden den Versammlungsleiter. ²Zur Unterstützung des Versammlungsleiters kann ein bis zu sechsköpfiges Tagungspräsidium gewählt werden. ³Es sollen mindestens zwei Stellvertreter gewählt werden.

(3) ¹Der Versammlungsleiter eröffnet nach seiner Wahl den Landesparteitag. ²Stehen Wahlen nach § 16 auf der Tagesordnung, so veranlasst er die Wahl eines Wahlleiters sowie einer angemessenen Zahl von Wahlhelfern. ³Die Versammlung kann sich das Ergebnis der vorläufigen Akkreditierung des Akkreditierungsteams zu eigen machen oder die Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer im Landesverband erneut überprüfen. ⁴Jedermann, der behauptet, zu Unrecht nicht akkreditiert worden zu sein, ist zu hören.

(4) ¹Der Landesparteitag wird durch den Versammlungsleiter geleitet. ²Dieser wird von den Stellvertretern unterstützt. ³Der Versammlungsleiter veranlasst die Wahl der Protokollführung; es sollen mindestens zwei Protokollführer gewählt werden. ⁴Ihm obliegt die Akkreditierung; er kann neue Akkreditierungspiraten bestimmen oder die des Einberufungsorgans nach § 8 Absatz 4 übernehmen.

(5) ¹Über Beschlüsse ist ein Protokoll aufzunehmen, das von der Protokollführung unterschrieben wird. ²Wahlprotokolle werden vom Wahlleiter und mindestens zwei Wahlhelfern unterschrieben und dem Protokoll beigelegt.

§ 11 Stimmrecht

(1) Die stimmberechtigten Mitglieder des Landesparteitages sind die anwesenden, nach §3 Absatz 4 stimmberechtigten, Mitglieder des Landesverbandes.

(2) ¹Der Landesparteitag kann durch Beschluss Gäste zulassen. ²Ein Stimmrecht haben Gäste nicht.

§ 12 Beschlussfähigkeit

(1) Der Versammlungsleiter stellt die Beschlussfähigkeit fest.

(2) ¹Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. ²Tritt der Fall ein, dass ein Landesparteitag nicht beschlussfähig ist, wird unverzüglich ein neuer Landesparteitag einberufen, der immer beschlussfähig ist. ³Ein anderes gilt für Abstimmungen gemäß §28 dieser Satzung.

(3) ¹Beschlüsse des Landesparteitages werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern diese Satzung nichts anderes bestimmt. ²Enthaltungen werden nicht berücksichtigt.

§ 13 Aufgaben

(1) ¹Der Landesparteitag nimmt bei Ablauf der Wahlperiode den Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes entgegen und entscheidet daraufhin über seine Entlastung. ²Vor der Beschlussfassung über den finanziellen Teil des Vorstandsberichtes nimmt er den Bericht der Rechnungsprüfer/innen entgegen.

(2) ¹Der Landesparteitag beschließt ein Grundsatzprogramm, das seine wesentlichen Grundlagen im Grundsatzprogramm der Bundespartei findet. ²Wird ein Wahlprogramm verabschiedet, findet es seine Grundlagen im Grundsatzprogramm des Landesverbandes oder des Bundesverbandes.

(3) Der Landesparteitag beschließt insbesondere über die Satzung, die Finanzordnung und die Datenschutzrichtlinie.

(4) Der Landesparteitag nimmt weitere jährliche Berichte, insbesondere vom Schiedsgericht, vom Datenschutzbeauftragten und von den Kassenprüfern, entgegen und nimmt sie zu Protokoll.

(5) ¹Der Landesparteitag beauftragt zur Rechnungsprüfung. ²Das Ergebnis der Prüfung wird dem Parteitag verkündet und zu Protokoll genommen. ³Der Landesparteitag kann über Mindestanforderungen hinsichtlich des Inhaltes des finanziellen Teils des Rechenschaftsberichtes beschließen. ⁴Die Rechnungsprüfer erhalten zwei unterschriebene Ausfertigungen des finanziellen Teils des Rechenschaftsberichtes. ⁵Eine Ausfertigung ist von einem Rechnungsprüfer auch nach seiner Entlassung bis zum nächsten LPT zu verwahren. ⁶Die zweite nehmen die Kassenprüfer in Verwahrung.

§ 14 - frei - (Leerparagraph)

§ 15 Anträge und Rederecht

(1) Satzungs- und Programmänderungsanträge sowie Anträge, die auf die Tagesordnung des nächsten Landesparteitages gesetzt werden sollen, können im laufenden Jahr gestellt werden, spätestens jedoch sind sie fünf Wochen vor Tagungsbeginn des kommenden Parteitages einzureichen.

(2) ¹Anträge auf Ergänzung der vorläufigen Tagesordnung sind spätestens 14 Tage vor Tagungsbeginn einzureichen. ²Bei außergewöhnlichem Umfang oder außergewöhnlicher Komplexität können sie durch Beschluss des Einberufungsorgans zurückgewiesen werden, sofern eine zeitnahe, angemessene Vorbefassung durch die Mitglieder nicht möglich erscheint. ³Die Zurückweisung ist zu begründen.

(3) ¹Anträge zur Tagesordnung können auf dem Parteitag jederzeit gestellt werden. ²Sie können die Änderung oder Ergänzung zugelassener Anträge (Sachanträge) oder die Reihenfolge der zu behandelnden Tagesordnungspunkte und den Gang der Versammlung betreffen (GO-Anträge). ³Sonstige, später gestellte, Anträge können mit Zustimmung der einfachen Mehrheit der Anwesenden behandelt werden.

(4) ¹Ein Antrag nach Absatz 1 und 2 gilt als eingereicht, wenn er dem Vorstand in Textform per E-Mail oder Brief zugegangen ist. ²Die E-Mail-Adresse des Vorstandes wird auf der offiziellen Homepage des Landesverbandes Brandenburg veröffentlicht. ³Im Übrigen können Anträge formfrei gestellt werden. ⁴Sie sollen vom Antragsteller zusätzlich im Landeswiki veröffentlicht werden.

(5) ¹Durch Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, Sonstige Anträge sowie Sachanträge auf dem Landesparteitag können keine Satzungs- oder Programmänderungen neu eingebracht werden. ²Sinnerhaltende oder redaktionelle Anpassungen fristgemäß eingereichter Satzungs- oder Programmänderungsanträge sind zulässig.

(6) ¹Jedes Mitglied hat auf dem Landesparteitag das Recht der freien Rede. ²Der Versammlungsleiter gewährleistet, dass jeder Pirat des Landes ausreichend Gehör findet. ³Näheres wird in der Geschäftsordnung geregelt. ⁴Rederecht auf dem Landesparteitag haben zusätzlich die Mitglieder der Bundes- und aller Landesorgane der Piratenpartei Deutschland.

§ 16 Wahlen

(1) Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand, das Landesschiedsgericht und die Bewerber auf Landeslisten für die Bundestags-, Landtags- und Europawahlen.

(2) ¹Der Landesvorstand wird vorbehaltlich des nachfolgenden Satzes für die Dauer eines Jahres gewählt. ²Seine ordentliche Neuwahl findet zwischen dem elften und dem zwölften Monat nach Beginn seiner Amtszeit statt. ³Der Landesvorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Landesvorstandes im Amt.

(3) ¹Die Bestimmungen des Absatzes 2 gelten entsprechend für das Landesschiedsgericht. ²Im Falle einer außerordentlichen Neuwahl des Landesvorstandes soll die Amtszeit der Richter des Schiedsgerichtes nicht verkürzt werden; sofern die Bundesschiedsgerichtsordnung im Abschnitt C der Bundessatzung in der jeweils geltenden Fassung dies ermöglicht, bleiben sie bis zum darauffolgenden Landesparteitag im Amt.

(4) ¹Der Landesparteitag wählt zwei Rechnungsprüfer, die die Aufgaben gemäß § 13 Absatz 5 erfüllen. ²Das Ergebnis der Prüfung wird dem Parteitag verkündet und zu Protokoll genommen. ³Danach sind die Rechnungsprüfer aus ihrer Funktion entlassen.

3. Unterabschnitt - Der Landesvorstand

§ 17 Der Landesvorstand

(1) Der Landesvorstand besteht mindestens aus:

- a) dem 1. Vorsitzenden,
- b) dem 2. Vorsitzenden,
- c) dem Schatzmeister,
- d) keinem oder einer geraden Anzahl an Beisitzern.

(2) Der Landesverband Brandenburg wird nach innen und außen von einem der Vorsitzenden zusammen mit dem Schatzmeister oder einem anderen Mitglied des in Absatz 1 aufgeführten Landesvorstandes vertreten.

(3) Der Vorstand führt die Geschäfte auf Grundlage der Beschlüsse der Parteiorgane und ist an diese im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland gebunden.

§ 18 Handlungsunfähigkeit

(1) ¹Tritt ein Vorstandsmitglied zurück, so geht sein Zuständigkeitsbereich durch Vorstandsbeschluss auf ein anderes Vorstandsmitglied über - dies gilt auch für den des Ersten Vorsitzenden oder des Schatzmeisters. ²Der Landesvorstand gilt als nicht handlungsfähig, wenn weniger als drei Vorstandsmitglieder verblieben oder mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder zurückgetreten sind. ³Dem Rücktritt steht es gleich, wenn ein Vorstandsmitglied seinen Aufgaben nicht mehr nachkommen kann.

(2) ¹Ist der Vorstand handlungsunfähig, so ist unmittelbar durch den Bundesvorstand ein außerordentlicher Landesparteitag einzuberufen. ²Bis zur Wahl eines neuen Landesvorstandes bestellt der Bundesvorstand unmittelbar einen kommissarischen Landesvorstand.

(3) ¹Die Mitglieder des Landesvorstandes können vom Landesparteitag insgesamt oder einzeln mit absoluter Mehrheit, also mit mehr als 50 % der anwesenden Stimmberechtigten, abgewählt werden. ²Ein Antrag auf Abwahl ist innerhalb der Frist des § 15 Absatz 1 einzureichen.

(4) ¹Der Landesvorstand liefert zu Parteitag, auf denen der Gesamtvorstand neu gewählt wird, einen schriftlichen Tätigkeitsbericht ab. ²Dieser umfasst alle Tätigkeitsbereiche der Vorstandsmitglieder. ³Jedes Vorstandsmitglied erstellt eigenverantwortlich einen Tätigkeitsbericht über die von ihm wahrgenommenen Aufgaben. ⁴Im Falle des Rücktritts eines Vorstandsmitgliedes, hat dieses unverzüglich einen Tätigkeitsbericht zu erstellen und dem Vorstand zuzuleiten.

§ 19 Sitzungen, Zusammentritt

(1) ¹Der Landesvorstand tritt mindestens einmal pro Quartal zusammen. ²Die Sitzungen werden unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes parteiöffentlich angekündigt.

(2) Auf Antrag eines Zehntels der Mitglieder kann der Vorstand zum Zusammentritt aufgefordert und mit aktuellen Fragestellungen befasst werden.

(3) ¹Der Landesvorstand tagt parteiöffentlich, sofern er nicht eine weitergehende Öffentlichkeit beschließt. ²In Ausnahmefällen kann der Vorstand nicht öffentlich tagen, wenn Persönlichkeitsrechte Dritter betroffen sind oder das Ansehen der Partei oder die Arbeit der Partei erheblichen Schaden nehmen. ³Die Ergebnisse der nicht öffentlichen Sitzung sind - soweit möglich - der Parteiöffentlichkeit mitzuteilen.

(4) Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landesvorstandes anwesend sind.

§ 20 Geschäftsordnung

(1) ¹Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung und veröffentlicht diese. ²Sie umfasst u. a. Regelungen zu:

- a) Verwaltung der Mitgliederdaten und deren Zugriff und Sicherung,
- b) Aufgaben und Kompetenzen der Vorstandsmitglieder, sofern diese nicht vorgegeben sind,
- c) Protokollierung der Sitzungen und der Beschlüsse des Vorstandes.

³Die Protokolle sind im Wiki des Landesverbandes zu veröffentlichen.

(2) Die Führung der Landesgeschäftsstelle wird durch den Vorstand beauftragt und beaufsichtigt.

4. Unterabschnitt - Weitere Organe

§ 21 Das Landesschiedsgericht

(1) ¹Der Landesverband richtet ein Landesschiedsgericht ein. ²Das Landesschiedsgericht wird auf Grundlage der Schiedsgerichtsordnung im Abschnitt C der Bundessatzung in der jeweils geltenden Fassung tätig.

(2) ¹Das Landesschiedsgericht ist in erster Instanz zuständig, in allen Streitigkeiten die ihm nach der Schiedsgerichtsordnung zugewiesen sind. ²Sofern die Untergliederungen des Landesverbandes Schiedsgerichte eingerichtet haben, ist es in zweiter Instanz zuständig. ³Folgeinstanz ist das Bundesschiedsgericht.

(3) ¹Der Parteitag wählt fünf Piraten zu Richtern, die gemeinsam das Gericht bilden. ²In einer weiteren Wahl werden zwei Ersatzrichter bestimmt, wobei die Stimmenzahl über die Reihenfolge der Ersatzrichter entscheidet.

(4) Der Landesparteitag kann beschließen, das Schiedsgericht nur mit drei Richtern und einem Ersatzrichter zu besetzen.

(5) ¹Die Schiedsgerichtswahlen finden mindestens einmal im Kalenderjahr statt. ²Die Richter bleiben bis zur Wahl eines neuen Landesschiedsgerichtes im Amt.

§ 22 - frei - (Leerparagraph)

Abschnitt 3 - *Arbeitsgemeinschaften, Wahlen und Urabstimmung*

§ 23 Arbeitsgemeinschaften

(1) ¹Im Landesverband Brandenburg können Arbeitsgemeinschaften gebildet werden. ²Eine Arbeitsgemeinschaft ist eine Gemeinschaft von Piraten und/oder engagierten Nichtparteimitgliedern, die eine gemeinsame Aufgabe auf Dauer durchführen. ³Sie hat mindestens drei Mitglieder.

(2) ¹Arbeitsgemeinschaften können von Parteimitgliedern frei gegründet werden. ²Nicht-Mitglieder können in den Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten und haben in diesen ausschließlich aktives Wahlrecht. ³Eine Arbeitsgemeinschaft hat Antrags- und Rederecht in allen Organen des Landesverbandes Brandenburg, beim Schiedsgericht nur, wenn sie Partei ist. ⁴Der AG können organisatorische Aufgaben des Landesverbandes durch Beschluss des Landesvorstandes übertragen werden, der deren Ausführung beaufsichtigt.

⁵Zu den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften gehören je nach Zweckbestimmung

- a) die Förderung der Absichten und Ziele der Piratenpartei,
- b) die Übernahme von Dienstleistungen für die Piratenpartei,
- c) die Förderung der Meinungsbildung innerhalb der Piratenpartei,
- d) die Anforderung und Koordination von Ressourcen für die AG von der Piratenpartei, insbesondere des Landesverbandes Brandenburg.

(3) ¹Die Arbeitsgemeinschaften wählen jeweils ihre bis zu drei Koordinatoren auf die Dauer von einem Jahr. ²Bis zur Neuwahl bleiben die Koordinatoren im Amt. ³Die Aufgaben der Koordinatoren der Arbeitsgemeinschaft sind:

- a) die Sammlung und gegebenenfalls die Gestaltung von Arbeitsergebnissen der Arbeitsgemeinschaften und deren Kommunikation,
- b) die administrative Koordination der Arbeitsgemeinschaft,
- c) die Anforderung und Inanspruchnahme der Ressourcen der Piratenpartei,
- d) die organisatorische (nicht inhaltliche) Abstimmung der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften untereinander.

(4) Näheres regelt eine Geschäftsordnung der Arbeitsgemeinschaft, die mit 2/3 der Stimmen der stimmberechtigten AG-Mitglieder beschlossen wird.

(5) Die Finanzmittel der Arbeitsgemeinschaften werden durch den Landesschatzmeister treuhändisch verwaltet, der auch die Abrechnung nach Parteiengesetz übernimmt.

(6) ¹Eine Arbeitsgemeinschaft gilt als aufgelöst, wenn sie weniger als drei Mitglieder hat. ²Eventuelle Finanzmittel fallen der Kasse des Landesverbandes zu.

(7) Die Errichtung und personelle Besetzung von Arbeitsgemeinschaften mit umfassender Zuständigkeit für die Beratung oder Entscheidung politischer Fragen des Landesverbandes bleibt dem Landesparteitag vorbehalten.

§ 24 Wahlordnung

(1) Die nachstehenden Regelungen gelten für alle Wahlen nach dieser Satzung.

(2) ¹Hat bei einer Wahl ein Kandidat bereits ein Amt in der Piratenpartei, einschließlich aller Gliederungen, inne oder ist er Mandatsträger in einer Kommunal- oder Volksvertretung, so stimmen die Mitglieder der Versammlung vor der Wahl darüber ab, ob eine gleichzeitige Ausübung durch diesen Kandidaten zulässig sein soll. ²Diese Regelung gilt nicht für Versammlungsämter. ³Tritt eine Kumulation später durch Wahl einer anderen Gliederung oder auf sonstige Weise ein, so ist dies unbeachtlich.

(3) ¹Bei Wahlen zu Parteiämtern und der Aufstellung von Bewerbern zu Volksvertretungen bedarf es der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei grundsätzlich die absolute Mehrheit, also mehr als 50 % der abgegebenen Stimmen, erreicht werden muss. ²Bei Wahlen zu Versammlungsämtern genügt die relative Mehrheit. ³Die relative Mehrheit ist errungen, wenn ein Kandidat, ohne die absolute Mehrheit erlangt zu haben, die meisten Stimmen auf sich vereinigt. ⁴Sind sowohl Ja- als auch Nein-Stimmen zugelassen, so muss nach Abzug der Nein-Stimmen gleichwohl der höchste Stimmenanteil erreicht werden.

⁵Enthaltungen bleiben in allen Fällen außer Betracht.

⁶Zulässig sind folgende Wahlverfahren und Methoden:

- a) Einzelwahl,
- b) Gesamtwahl mehrerer Ämter oder Bewerber sowie
- c) Listenwahl,
- d) die einfache Stimmabgabe in Form einer Stimme je Amt pro stimmberechtigtem Mitglied,
- e) Approval-Voting (Wahl durch Zustimmung),
- f) Stichwahl bei Stimmgleichheit,
- g) das Genügen der relativen Mehrheit bei wiederholtem Nichterreichen der absoluten Mehrheit,
- h) Entscheidung durch Losen bei wiederholter Stimmgleichheit.

⁷Grundsätzlich werden bei Wahlen nur Ja-Stimmen und Enthaltungen zugelassen. ⁸Durch die Geschäftsordnung kann jedoch festgelegt werden, dass sowohl Ja- als auch Nein-Stimmen abgegeben werden können. ⁹Gewählt wird offen; geheim sind jedoch die Wahlen

- a) zum Vorstand, Schiedsgericht, zu Ersatzschiedsrichtern,
- b) die Aufstellung von Bewerbern zu Volksvertretungen,
- c) in sonstigen, durch diese Satzung bestimmten Fällen, und wenn die Mehrheit der Mitgliederversammlung dies verlangt.

¹⁰Für Abberufung und Nachwahlen gelten die Regelungen dieses Absatzes ebenfalls. ¹¹Betrifft die Nachwahl nur einen Teil eines Organs, so wird die Amtszeit des Gesamtorgans nicht verlängert. ¹²Betrifft sie ein sonstiges Amt, so richtet sich die Amtszeit nach der des ursprünglich gewählten Amtsträgers. ¹³Wahlen müssen den Mitgliedern bei der Einladung angekündigt werden.

(4) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Landesparteitages.

(5) Die Anfechtung einer Wahl ist innerhalb von 14 Tagen zulässig, wenn durch die Wahl eine Verletzung des Anfechtenden in eigenen Rechten, aufgrund eines Verstoßes gegen diese Satzung oder einschlägige Gesetze möglich scheint.

§ 25 Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen

(1) ¹Die Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen erfolgt nach Maßgabe der Wahlgesetze und den Vorgaben der Bundessatzung. ²Soweit die Vorschriften der Wahlgesetze nicht vorgehen oder ein anderes vorschreiben, gilt im Übrigen das Prozedere in den nachfolgenden Absätzen.

(2) ¹Landeslisten werden von der Mitgliederversammlung des Landesverbandes aufgestellt, sofern nicht eine gemeinsame Liste zusammen mit dem Bundesverband zur Europawahl aufgestellt wird. ²Die Listenplätze werden in Einzelwahl gewählt. ³Die Reihenfolge der Wahlgänge beginnt mit dem ersten Listenplatz und wird numerisch fortgeführt bis zum letzten. ⁴Die Versammlung kann auch beschließen, die Listenplätze mittels Gesamtwahl zu vergeben, wobei die Reihenfolge der Listenplätze durch die Anzahl der auf den Kandidaten entfallenden Stimmen bestimmt wird. ⁵Bei Stimmgleichheit wird die Reihenfolge der fraglichen Listenplätze in einem weiteren Wahlgang ermittelt.

(3) ¹Die Mitglieder werden nach § 9 dieser Satzung zur Wahl geladen. ²Lassen die Wahlgesetze, wie in § 25 Absatz 4 Brandenburgisches Wahlgesetz, kürzere Ladungsfristen zu, so genügt, abweichend von § 9 dieser Satzung, deren Einhaltung. ³In der Einladung wird ausdrücklich auf die Bewerberaufstellung hingewiesen. ⁴Die Beschlussfähigkeit wird nach § 12 festgestellt.

(4) ¹Wahlkreisbewerber werden

a) in Wahlkreisen, deren Grenzen deckungsgleich mit denen eines oder mehrerer Gebietsverbände mittlerer Gliederung sind, von den existierenden Gliederungen selbst aufgestellt,

b) in sonstigen Fällen beruft der Landesvorstand die Wahlkreisversammlung im Sinne des § 25 Absatz 2 Nr.1 Brandenburgisches Landeswahlgesetz bzw. Mitgliederversammlung zur Wahl eines Wahlkreisbewerbers im Sinne des § 21 Absatz 1 Satz 2 Bundeswahlgesetz ein. ²In diesen Versammlungen wählen jeweils die in einem gemeinsamen Wahlkreis wahlberechtigten Piraten einen gemeinsamen Wahlkreisbewerber.

(5) Sämtliche Wahlkreisbewerber zu Landtagswahlen können auch in einer Landesversammlung der zum Landtag wahlberechtigten Brandenburgischen Piraten gewählt werden.

(6) Die Bewerberaufstellung zu Kommunalwahlen nach dem Brandenburgischen Kommunalwahlgesetz regeln die Gliederungen unterhalb des Landesverbandes selbst.

§ 26 Urabstimmungen

(1) Mit Ausnahme der durch Gesetz oder diese Satzung ausschließlich einem Organ vorbehaltenen Angelegenheiten, kann eine Urabstimmung zu allen Fragestellungen, den Landesverband betreffend, durchgeführt werden. (2) ¹Die Urabstimmung findet statt, wenn ein Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder des Landesverbandes diese beantragen. ²Die Antragsteller legen durch die Antragschrift den Inhalt der Urabstimmung fest. ³Gegenstand der Urabstimmung muss ein Antrag an den Landesverband sein, über den dessen Mitglieder mit ja oder nein abstimmen können. ⁴Ist der Antragstext mehrdeutig oder unklar, ist er unzulässig. ⁵Der Landesvorstand ist verpflichtet, den Antrag innerhalb von 2 Wochen nach Eingang auf der offiziellen Webseite des Landesverbandes zu veröffentlichen.

(3) ¹Der Landesvorstand stellt nach Eingang des Antrages fest, ob die obigen Voraussetzungen erfüllt sind. ²Im Falle ihrer Zulässigkeit, findet die Urabstimmung statt.

(4) ¹Die Durchführung einer Urabstimmung erfolgt mittels Stimmzetteln im Rahmen einer Briefabstimmung oder eines Landesparteitages, dessen einziger Tagesordnungspunkt der Gegenstand der Urabstimmung ist. ²Die Entscheidung hierüber fällt der Landesvorstand; bei dessen Handlungsunfähigkeit der erste Antragsteller. ³Der Antragstext kann nicht abgeändert werden. ⁴Im Übrigen finden sämtliche einschlägige Bestimmungen dieser Satzung Anwendung. ⁵Soweit in den nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes bestimmt ist, trägt der Landesverband die Kosten der Urabstimmung.

(5) Durchführung einer Urabstimmung per Briefabstimmung:

5.1. ¹Wird eine Briefabstimmung durchgeführt, bestimmt der Landesvorstand durch Beschluss, oder bei dessen Handlungsunfähigkeit der erste Antragsteller, einen Wahlleiter, der das Wahlverfahren leitet. ²Der Wahlleiter bestimmt eine Frist, bis zu deren Ablauf die Abstimmungsunterlagen an eine zu bestimmende Adresse eingesandt werden müssen, um bei der Urabstimmung berücksichtigt zu werden. ³Diese Frist darf frühestens 4 Wochen nach Versand der Urabstimmungsunterlagen an die Mitglieder ablaufen. ⁴Für die Fristwahrung gilt das Datum des Poststempels.

5.2. ¹Der Wahlleiter versendet die Urabstimmungsunterlagen in einem verschlossen Umschlag an die stimmberechtigten Mitglieder. ²Dieser enthält:

- a) den Stimmzettel mit dem Abstimmungsantrag und den Ankreuzmöglichkeiten Ja, Nein und Enthaltung,
- b) einen Abstimmungsumschlag,
- c) einen Teilnahmechein.

³Die verwendeten Stimmzettel und Abstimmungsumschläge müssen alle gleicher Art und Größe sein; die Teilnahmechein haben Folgendes zu enthalten:

Hiermit versichere ich, den Stimmzettel selbst gekennzeichnet zu haben. Zur Glaubhaftmachung habe ich meine Mitgliedsnummer dazugeschrieben.

⁴Darunter befinden sich Felder für die Mitgliedsnummer und die Unterschrift.

Aufgrund einer körperlichen Behinderung des Abstimmenden habe ich den Stimmzettel als Hilfsperson gemäß dem Willen des Abstimmenden gekennzeichnet, was ich hiermit versichere. Zur Glaubhaftmachung habe ich seine Mitgliedsnummer dazugeschrieben.

⁵Darunter befinden sich Felder für die Mitgliedsnummer und die Unterschrift der Hilfsperson.

5.3. ¹Der Abstimmende trifft seine Entscheidung auf dem Stimmzettel, verschließt ihn in dem Abstimmungsumschlag und fügt den Teilnahmechein unter Angabe seiner Mitgliedsnummer bei; beide werden vom Mitglied in einem einfachen Briefumschlag an die vom Wahlleiter bezeichnete Adresse geschickt. ²Das Porto für die Rücksendung ist vom Mitglied zu entrichten. ³Wer wegen einer körperlichen Behinderung nicht in der Lage ist, die Briefabstimmung persönlich zu vollziehen, kann sich der Hilfe einer Person seines Vertrauens (Hilfsperson) bedienen.

5.4. ¹Die Auszählung erfolgt parteiöffentlich, wobei das Abstimmungsgeheimnis zu wahren ist, und ist vom Wahlleiter mindestens eine Woche vorher anzukündigen. ²Der Wahlleiter prüft anhand der Briefumschläge, ob die Stimmabgabe fristgemäß

eingegangen ist. ³Briefumschläge mit einem Poststempel, der nach Fristablauf datiert, werden nicht berücksichtigt. ⁴Sie gelten als nicht abgegeben und werden ungeöffnet aufbewahrt. ⁵Die Anzahl der fristgerechten und nicht fristgerechten Briefumschläge wird in einem Urabstimmungsprotokoll vermerkt. ⁶Danach öffnet er die Briefumschläge einzeln und prüft anhand der Teilnahmescheine, ob der Teilnehmende versichert, den Stimmzettel selbst ausgefüllt zu haben oder die Versicherung einer Hilfsperson im Sinne dieses Absatzes vorliegt. ⁷Die Anzahl der Absender, die die Versicherung nicht abgegeben haben, wird in dem Urabstimmungsprotokoll vermerkt. ⁸Ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben und werden gesondert aufbewahrt; ihre Abstimmungsumschläge werden nie geöffnet. ⁹Briefumschläge, Teilnahmescheine und Abstimmungsumschläge werden getrennt von einander aufbewahrt; ihre Anzahl ist im Urabstimmungsprotokoll zu vermerken.

5.5. ¹Sodann werden die übrigen Abstimmungsumschläge geöffnet und die Stimmzettel ausgezählt. ²In dem Urabstimmungsprotokoll sind die Anzahl

- der Ja-Stimmen,
- der Nein-Stimmen,
- der Enthaltungen
- und der ungültigen Stimmzettel

niederzulegen. ³Ungültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Abstimmungswille nicht eindeutig erkennbar ist oder die leer sind. ⁴Abschließend bestätigt der Wahlleiter mit seiner Unterschrift unter das Urabstimmungsprotokoll, dass er die Urabstimmung ordnungsgemäß und gemäß obiger Bestimmungen durchgeführt hat.

(6) ¹Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefällt, sofern für den Abstimmungsgegenstand in dieser Satzung nichts anderes vorgesehen ist. ²Die Urabstimmung ist gültig, wenn sich mindestens 30 % der stimmberechtigten Mitglieder des Landesverbandes beteiligt haben; § 27 dieser Satzung bleibt unberührt.

(7) ¹Die weiteren Kosten der Urabstimmung trägt der Landesverband. ²Ein ordentlich einberufener Parteitag kann beschließen, die Abstimmungsunterlagen einer Briefabstimmung zu vernichten, sofern diesbezüglich kein Schiedsgerichtsverfahren anhängig ist.

§ 27 Satzung und Programm

(1) Diese Satzung kann vom Landesparteitag mit Zweidrittelmehrheit oder durch Urabstimmung mit der Mehrheit der gültigen Stimmen, sofern sich mindestens 50 % der Mitglieder an der Urabstimmung beteiligen, geändert werden.

(2) An Parteitagen mit verkürzter Ladungsfrist sind Änderungen der Satzung ausgeschlossen.

(3) Die Absätze 1 bis 2 finden auch auf Programmänderungen des Landesverbandes Brandenburg Anwendung.

§ 28 Auflösung und Verschmelzung

(1) ¹Über die Auflösung oder Verschmelzung des Landesverbandes entscheidet der Landesparteitag mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder. ²Die Beschlüsse sind nur bei eingehaltener Antragsfrist und nicht bei Versammlungen mit verkürzter Ladungsfrist möglich.

(2) Auf dem Landesparteitag müssen 15 von 100 aller stimmberechtigten Mitglieder des Landesverbandes Brandenburg anwesend sein.

(3) ¹Die Antragsfrist beträgt fünf Wochen. ²Der Landesvorstand benachrichtigt unverzüglich den Bundesvorstand über Anträge zur Auflösung oder Verschmelzung.

(4) ¹Der Beschluss über Auflösung oder Verschmelzung bedarf der Bestätigung durch die Mehrheit der gültigen Stimmen einer Urabstimmung. ²Er wird erst wirksam, wenn der Bundesparteitag zugestimmt hat.

(5) Über das Vermögen entscheidet im Falle der Auflösung der Landesparteitag.

Abschnitt 4 - Pflichten der Inhaber von Parteiämtern

§ 29 Kassen- und Kontoführung, Finanzen

(1) ¹Die Finanzordnung des Abschnittes B der Bundessatzung in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung. ²Die §§ 23 und fortfolgende des Parteiengesetzes sind einzuhalten. ³Wird ein neuer Vorstand gewählt, so ist der bisherige Vorstand unabhängig von den Rechenschaftspflichten nach dem Parteiengesetz dem Landesparteitag gegenüber rechenschaftspflichtig und hat eine geordnete Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben vorzulegen, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung genügen muss.

(2) ¹Die vom Landesparteitag gewählten Kassenprüfer prüfen nach ihrer Wahl die Kasse für den Zeitraum seit der letzten Kassenprüfung. ²Im Laufe ihrer Amtszeit obliegt ihnen die Vorprüfung, ob die Finanzordnung und das Parteiengesetz eingehalten werden. ³Sie haben das Recht, kurzfristig Einsicht in alle finanzrelevanten Unterlagen zu verlangen, die ihnen dann vollständig zu übergeben sind. ⁴Sie sind angehalten, etwa zwei Wochen vor dem jährlichen Landesparteitag, die letzte

Vorprüfung der Finanzen durchzuführen. ⁵Es obliegt ihnen, die Vorprüfung des finanziellen Teils des Tätigkeitsberichtes für den folgenden Landesparteitag durchzuführen.

(3) Den Rechnungsprüfern sind unmittelbar nach ihrer Wahl alle finanzrelevanten Unterlagen, insbesondere über die Einnahmen und Ausgaben der Amtszeit des bisherigen Vorstandes und das Vermögen des Landesverbandes, am Tagungsort des Landesparteitages vorzulegen.

(4) ¹Dem Schatzmeister des Landesverbandes sind von den nachgeordneten Gliederungen alle für den Rechenschaftsbericht notwendigen Daten rechtzeitig zu übermitteln. ²Der Rechenschaftsbericht gemäß § 23 und fortfolgenden Paragrafen des Parteiengesetzes ist vom Ersten Vorstandsvorsitzenden und vom Schatzmeister zu unterschreiben.

(5) Werden Unterlagen gemäß Absatz 3 nicht rechtzeitig vorgelegt oder Daten gemäß Absatz 4 nicht rechtzeitig übermittelt und kommt es hierdurch zu einer Störung des Ablaufes eines Parteitages oder kann hierdurch ein Rechenschaftsbericht nicht rechtzeitig dem Bundestagspräsidenten zugeleitet werden, so liegt hierin die Zufügung eines Schadens im Sinne des § 6 dieser Satzung.

§ 30 Datenschutz

(1) ¹Die Mitglieder haben das Recht auf Schutz ihrer Daten. ²Der Missbrauch von Daten, insbesondere der Missbrauch der persönlichen Daten der Mitglieder, ist parteischädigendes Verhalten im Sinne des § 10 Absatz 4 des Parteiengesetzes.

(2) Der Vorstand bestellt einen Beauftragten für Datenschutz, der den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

(3) Näheres regelt eine Datenschutzrichtlinie.

Abschnitt 5 - *Schlussbestimmungen*

§ 31 Klagefrist

(1) ¹Die Vertretungsmacht des Vorstandes ist darauf beschränkt, die Mitglieder nur hinsichtlich der von ihnen bereits eingezahlten Mitgliedsbeiträge oder des ihnen angewachsenen Anteils zu verpflichten. ²Ausgeschiedene Mitglieder haben keinen Anspruch auf anteilige Rückzahlung eingezahlter Mitgliedsbeiträge, Auseinandersetzung oder Abfindung gegen den Landesverband oder seine Gliederungen.

(2) ¹Die Feststellung der Nichtigkeit von Beschlüssen der Mitgliederversammlung kann nur innerhalb eines Monats im Klageweg geltend gemacht werden. ²Vor Klageerhebung ist das nach der Schiedsgerichtsordnung zuständige Schiedsgericht anzurufen. ³Ist die Angelegenheit beim Schiedsgericht anhängig, so ist der Fristablauf bis zur abschließenden Entscheidung des Schiedsgerichtes gehemmt.

§ 32 Inkrafttreten

(1) ¹Diese Satzung tritt am ...02.2011 in Kraft. ²Zugleich treten die Satzung und die Wahlordnung des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei Deutschland vom 3. Oktober 2008 außer Kraft.

(2) Sollte eine Bestimmung dieser Satzung undurchführbar sein, findet die einschlägige Bestimmung der Bundessatzung in der auf der Gründungsversammlung am 10. September 2006 in Berlin beschlossenen, auf dem Bundesparteitag vom 15. - 16. Mai 2010 in Bingen geänderten Fassung entsprechende Anwendung.

Begründung:

Die Neufassung mit den vorgenommenen Änderungen wird für erforderlich angesehen. Die nach dem 29.12. geäußerten Änderungsvorschläge wurden berücksichtigt.

Teil II.

Grundsatzprogramm

1. Allgemein

GP01 - Das bisherige Programm ist ungültig

Antragsteller Sebastian Pochert und Sven/701 Wiki-Version: 18:05, 31. Dez. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP01 - Das bisherige Programm ist ungültig

Der Landesparteitag möge beschließen: Das angeblich anlässlich des Landesparteitages am 31.01.2009 beschlossene Programm des Landesverbandes Brandenburg, abrufbar unter

<http://wiki.piratenbrandenburg.de/images/8/88/Landesparteiprogramm.2009-01-31.pdf> wird für ungültig erklärt, da von diesem Parteitag kein Protokoll existiert und auch nach mehreren Nachfragen nicht von den damaligen Verantwortlichen beigebracht werden konnte. Insofern fehlt der Nachweis der demokratischen Legitimation dieses Programms.

Begründung:

Zur Vermeidung, dass am Ende des Landesparteitages zwei Programme existieren, wird das bisherige Programm für ungültig erklärt. Die Antragssteller empfinden das Programm auch in der Formulierung nicht als angemessenes Programm des Landesverbandes. Der Landesparteitag soll ein neues Programm verabschieden. Außerdem ist nicht nachvollziehbar oder belegbar, dass das bisherige Programm überhaupt demokratisch legitimiert ist.

GP02 - Ein Landesprogramm wird auf diesem LPT noch nicht beschlossen

Antragsteller Andreas Wiki-Version: 23:22, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP02 - Ein Landesprogramm wird auf diesem LPT noch nicht beschlossen

Der Landesparteitag möge beschließen: Das sich der Landesverband Brandenburg noch kein eigenes Programm gibt. Das vorhandene Programm verliert hiermit seine Gültigkeit. Der Landesverband übernimmt satzungsgemäß ausschließlich das Bundesprogramm

Begründung:

Die Programmanträge sind erst sehr kurzfristig eingereicht worden. Inhaltlich wurden Sie so in keinem Gremium vorgestellt und diskutiert. Da ein Parteiprogramm die politische Basis unseres Landesverbandes darstellt, sollte ein Programmentwurf möglichst breit in den Kreisverbänden und in den AGs diskutiert werden. Wir haben uns der Basisdemokratie verschrieben. Da wir in absehbarer Zeit keine Wahl haben, ist ein Programm zur Zeit nicht notwendig. Diese Zeit sollten wir uns nehmen am Programm unter breiterer Mitwirkung zu arbeiten.

GP03 - Bezeichnung als Grundsatzprogramm

Antragsteller Bastian Wiki-Version: 11:47, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:**GP03 - Bezeichnung als Grundsatzprogramm**

Der Landesparteitag möge beschließen: Das neu zu beschließende Programm für den Landesverband Brandenburg trägt den Titel "Grundsatzprogramm des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei Deutschland" (Kurzform: "Landesprogramm").

Begründung:

Es ist notwendig, der Sache einen eindeutigen Namen zu geben.

2. Präambel

GP04 - Einleitung

Antragsteller Sebastian Pochert Wiki-Version: 23:58, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP04 - Einleitung

Der Landesparteitag möge beschließen, das Programm mit folgenden Worten einzuleiten: “Der Landesverband Brandenburg gibt sich in Ergänzung zum Parteiprogramm der Piratenpartei Deutschland folgendes Programm:“

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 01: Präambel

Antragsteller FireFox konkurrierend zu GP06 (Seite 16) Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 01: Präambel

Der Landesparteitag möge folgendes Programm als Grundsatzprogramm des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei Deutschland beschließen und die einzelnen Module separat abstimmen. Die Bezeichnungen “Modul XY:“ in den Überschriften sind nicht Teil des Antrages und dienen nur der Übersichtlichkeit bei der Abstimmung. Der Antragsteller regt zudem an, die Reihenfolge / Anordnung aller auf dem Landesparteitag beschlossenen Module durch den Landesparteitag selbst beschließen zu lassen.

Modul 01: Präambel Wir sind als Stimme der Bürgerrechtsbewegung des Informationszeitalters, auf Grund der immer weiter fortschreitenden Einschnitte und dem Abbau von Grund- und Bürgerrechten, entstanden. Wir treten für die Freiheit und Selbstbestimmung eines jeden Menschen ein. Die Menschen- und Bürgerrechte bilden die Grundlage für die Grundrechte der Bürger, festgeschrieben im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Schutz und die Verbesserung jener verbrieften Rechte. Wir lehnen deren Beschränkungen ab und setzen uns für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung dieser Rechte ein. Die Piratenpartei setzt sich zudem dafür ein, dass sich jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft, Geschlecht, Sexualität oder Religion frei entfalten kann. Jede Form von Diskriminierung ist abzulehnen. Die Freiheit des Einzelnen ist das höchste Gut einer Demokratie. Die verbrieften Grundrechte sind die Grundlage der Ideen, aus denen die Ziele und Positionen der Piraten des Landesverbandes Brandenburg erarbeitet werden. Im Übrigen gilt das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland.

Begründung:

Ein Landesprogramm sollte nicht die gesamten Aussagen des Bundesverbandes wiederholen, da dieses auch zahlreiche Themen enthält die auf Bundesebene geregelt werden. Vielmehr sollte das Landesprogramm auf die Spezifika des Landes Brandenburg eingehen - und dies nicht nur mit wenigen minimalen Ergänzungen. Durch das in diesem Antrag gewählte Vorgehen ist es auch nicht zwingend erforderlich, dass der Landesparteitag bei jeder Änderung des Bundesprogramms eine Änderung des eigenen Landesprogramms vornehmen muss.

Dass das Programm der Bundespartei auch auf Landesebene gilt, ist selbstverständlich - der Leser des hier befragten Landesprogramms wird daher auch direkt in der Präambel auf dessen Existenz hingewiesen. Das hier beantragte Grundsatzprogramm für den Landesverband Brandenburg widerspricht in keinem inhaltlichen Punkt dem Bundesprogramm. § 8 (1)

der Bundessatzung (“Die Landesverbände sind verpflichtet, alles zu tun, um die Einheit der Piratenpartei Deutschland zu sichern, sowie alles zu unterlassen, was sich gegen die Grundsätze, die Ordnung oder das Ansehen der Piratenpartei Deutschland richtet. Sie haben auch ihre Organe zu einer gleichen Verhaltensweise anzuhalten.”) wird somit strikt eingehalten.

Der hier gestellte Antrag beinhaltet - neben vielen weiteren Modulen - auch alle bislang bekannten bzw. bereits gestellten Anträge mit dem Stand der Einreichung an das Grundsatzprogramm des Landesverbandes Brandenburg. Der hier gestellte Antrag bietet somit eine gut ausgearbeitete und miteinander verbundene Version für ein Grundsatzprogramm. Dem Antragsteller war es wichtig, die bestehenden Grundsäulen der Piratenpartei Deutschland in möglichst vielen Bereichen auf den Landesverband Brandenburg zu übertragen. Es werden zahlreiche “piratistische Themen” - wie zum Beispiel die geforderte Transparenz im staatlichen Handeln, die verstärkte Einbeziehung der Bürger in Prozesse, die Privatsphäre oder der Datenschutz - angesprochen und für die verschiedenen Themenbereiche konkretisiert sowie auf Landesebene heruntergebrochen. Ebenso ist es problemlos möglich, weitere separat eingebrachte Module einzubinden, da die Struktur und Form des eingereichten Grundsatzprogrammes dies ausdrücklich vorsieht. Viele beantragte inhaltliche Punkte bauen auf dem bislang bestehenden Landesprogramm auf und wurden mit eigenen Programmentwürfen und Inhalten anderer Landesverbände ergänzt. Die einzelnen beantragten Module können bei Bedarf auf dem Landesparteitag gesondert begründet werden. Der Antragsteller regt zudem an, die Reihenfolge der Module durch den Landesparteitag beschließen zu lassen.

Wichtig: Diese Begründung gilt für alle Anträge aus “Grundsatzprogramm LV Brandenburg”

GP06 - Präambel (umformuliert)

Antragsteller Markus F. konkurrierend zu GP05 M01 (Seite 15) Wiki-Version: 14:27, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP06 - Präambel (umformuliert)

Die Präambel des Programms möge gestrichen und durch folgende ersetzt werden: Die Menschen- und Bürgerrechte bilden die Grundlage für die Grundrechte der Bürger, festgeschrieben im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Wir treten für die Freiheit und Selbstbestimmung eines jeden Menschen ein. Wir sind als Stimme der Bürgerrechtsbewegung des Informationszeitalters entstanden, die die fortschreitenden Einschnitte und den Abbau von Grund- und Bürgerrechten nicht länger hinnehmen will. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Schutz und die Verbesserung jener verbrieften Rechte. Wir lehnen ihre Beschränkungen ab und setzen uns für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung dieser Rechte ein. Die Piratenpartei setzt sich zudem dafür ein, dass sich jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft, Geschlecht, Sexualität oder Religion frei entfalten kann. Jede Form von Diskriminierung lehnen wir ab. Die Freiheit des Einzelnen ist das höchste Gut einer Demokratie. Die verbrieften Grundrechte sind die Grundlage der Ideen, aus denen die Ziele und Positionen der Piraten des Landesverbandes Brandenburg erarbeitet werden.

Begründung:

Dieser Antrag geht davon aus, dass der Antrag “Grundsatzprogramm LV Brandenburg” angenommen wurde und basiert auf diesem Programm. Die Änderungen sind nur sprachlicher Natur. Der Inhalt ist fast identisch. Der letzte Satz wurde gestrichen, weil sich so an besseres Schlusswort für die Präambel ergibt. Der sprachliche Verweis auf das Bundes-GP klang diskreditierend. Ich empfehle trotzdem einen Verweis auf das Bundes GP wie im alten Programm (mit Link oä). Korrektur willkommen.

3. Transparenz, Demokratie, Bürgerrechte, Datenschutz

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 02: Mehr Demokratie und Bürgerrechte

Antragsteller Firefox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 02: Mehr Demokratie und Bürgerrechte

Die öffentliche Willensbildung und der Aufbau einer starken Zivilgesellschaft ist unser zentrales Anliegen. Die Ausdehnung des Demokratieprinzips auf alle gesellschaftlichen Bereiche steht im Mittelpunkt. Wir wollen nicht im Ist-Zustand verweilen, sondern Demokratie mit direkten Beteiligungsmöglichkeiten weiterentwickeln. Wir treten dauerhaft für eine Überprüfung und Offenlegung aller Entscheidungsabläufe ein. Die Brandenburger Piraten setzen sich für die Offenlegung aller Entscheidungsabläufe und die Vereinfachung von Auskunftsabläufen zwischen Institutionen und Bürgern, durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, ein. Wir wollen Mitbestimmung in kommunalen, regionalen und landesweiten Planungsaufgaben. Wir fordern unser Recht auf Mitbestimmung über die Volksgesetzgebung ein. Auf Landes- und Bundesebene sind barrierefreie Volksbefragungen, Volksbegehren, Petitionen und Volksentscheide einzuführen. Bürgerforen und Bürgerhaushalte sollen der Mittelpunkt kommunaler Mitbestimmung werden. Die Versammlungsfreiheit darf nicht eingeschränkt werden. Wir treten für faire Wahlgesetze und Chancengleichheit für alle politischen Mitbewerber ein. Wir wollen das Wahlsystem reformieren, um den Wählern mehr Möglichkeiten zu bieten, seine Meinung mitteilen zu können. Dazu braucht es ein modernes Wahlrecht. Wir lehnen Hürden für Kleinparteien, sichere Listenplätze und willkürliche Änderungen der Wahlbezirksgrößen ab. Abgeordnete müssen frei entscheiden können und von Fraktionszwängen und Koalitionsverträgen unabhängig sein. Wir treten zudem für eine deutlichere Trennung von Amt und Mandat ein. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein wesentliches Element staatlicher Dezentralisierung und Demokratisierung. Demokratie braucht starke Grund- und gelebte Bürgerrechte.

GP07 - Demokratie erweitern

Antragsteller Sebastian Pochert Wiki-Version: 22:08, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP07 - Demokratie erweitern

Dieser Antrag könnte als Ergänzung (Unterkapitel) zu Modul 02: Mehr Demokratie und Bürgerrechte dienen. Bei demokratischen Entscheidungsprozessen darf das Mitbestimmungs- und Wahlrecht nicht nur auf Bürger, die bestimmte Formalien erfüllen, beschränkt sein, sondern muss allen Menschen zugesichert sein, die betroffen sind. Die Brandenburger Piraten setzen sich daher für ein Wahlrecht für dauerhaft in Brandenburg lebende Menschen ohne Deutsche Staatsbürgerschaft bei Parlamentswahlen und Volksentscheiden sowie ein Herabsetzen der Alters zum Erlangen des aktiven Wahlrechts ein.

Begründung:

Dieser Antrag könnte als Ergänzung (Unterkapitel) zu **Modul 02: Mehr Demokratie und Bürgerrechte** dienen.

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 03: Mehr Transparenz des Staatswesens

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 03: Mehr Transparenz des Staatswesens

Wir stehen für einen transparenten Staat, nicht für den gläsernen Bürger. Wir verstehen Transparenz als entscheidendes Gleichgewicht zwischen Bürger, Politik und Verwaltung. Jeder Bürger hat das Recht, sich bei der Verwaltung über deren Tätigkeit zu informieren. Wir fordern die vollständige Offenlegung von Verwaltungsprozessen. Informationen, die in öffentlichen Stellen vorhanden sind, gehören der Allgemeinheit. Sie müssen deshalb auch öffentlich zugänglich sein. Ein diesen Grundlagen entsprechendes Informationsfreiheitsgesetz ist uns ein wichtiges Anliegen und steht im Einklang mit den Schutzbestimmungen anderer Gesetze. Es definiert außerdem genau und in engen Grenzen Ausnahmeregelungen, etwa zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und der Strafverfolgung.

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 04: Privatsphäre und Datenschutz

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 04: Privatsphäre und Datenschutz

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen, sowie Meinungsfreiheit und demokratische Teilhabe. Die Wahrung der Privatsphäre ist unabdingbar für den Erhalt der Demokratie. Sie bildet die Voraussetzung für Meinungsfreiheit und die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Dafür bedarf es unbeobachteter und unantastbarer Freiräume, in denen die Privatsphäre geschützt ist. Eine Überwachung öffentlicher Räume durch optische oder elektronische Einrichtungen ist nur in eng begrenzten und nachvollziehbar begründeten Ausnahmefällen hinnehmbar. Dies muss immer gewährleistet sein. Für alle Menschen in Brandenburg gilt die Unschuldsvermutung, daher darf es keine verdachtsunabhängige Überwachung geben. Jeder Bürger muss unbeobachtet mit anderen kommunizieren können. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung muss gestärkt und strikt eingehalten werden.

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 05: Bürgernahe Verwaltung

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 05: Bürgernahe Verwaltung

Digitale Kommunikations- und Informationstechniken (E-Government) ermöglichen eine koordinierte Abwicklung von Verwaltungsaufgaben, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert. Anträge an die Verwaltung müssen auf digitalem Wege gestellt werden können und der Status ihrer Bearbeitung muss online abrufbar sein. Dabei ist ein einheitliches Online-Portal dem Ressortprinzip vorzuziehen. Der Schutz personenbezogener Daten und die informationelle Selbstbestimmung müssen zwingend sichergestellt werden. Außerdem muss freie Software eingesetzt werden und deren Weiterentwicklungen müssen ebenfalls unter einer freien Lizenz zur Verfügung stehen. Alle angebotenen Dienste müssen barrierefrei und plattformunabhängig nutzbar sein.

4. Bildung und Wissenschaft

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06: Bildung und Wissenschaft

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06: Bildung und Wissenschaft

Für die Brandenburger Piraten ist Bildung ein lebensbegleitender Entwicklungsprozess, in dem der Mensch seine Fähigkeiten ganzheitlich erweitert. Dies umfasst den Erwerb geistiger, kreativer, kultureller, sozialer und praktischer Kompetenzen. Bildungseinrichtungen sollen ein echter Lern- und Lebensraum sein, der neben Bildungs- und Freizeitangeboten auch Beratung und Hilfestellung bietet. Sie müssen es den Lernenden ermöglichen, sich orientierend an den Werten einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu bilden. Wissenschaft ist die Erweiterung des Wissens durch Forschung, dessen Weitergabe durch Lehre beziehungsweise Veröffentlichung, der gesellschaftliche, historische und institutionelle Rahmen, in dem dies organisiert betrieben wird, sowie die Gesamtheit des so erworbenen Wissens.

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.1: Recht auf Bildung

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.1: Recht auf Bildung

Jeder Mensch hat das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung. Demokratie lebt von der mündigen Teilhabe der Menschen. Nur mit freiem Zugang zu Bildung und Wissen können alle Menschen in vollem Umfang am öffentlichen Leben und Diskurs, sowie am demokratischen Prozess teilhaben. Bildung und Wissenschaft sind die zentralen Antriebskräfte des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fortschritts auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie versetzen uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und, wenn nötig, den Kurs zu ändern.

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.2: Vielfalt und Wahlfreiheit

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.2: Vielfalt und Wahlfreiheit

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Bildung soll den Einzelnen unterstützen, seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und eigene Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Sie soll befähigen, sich Werte eigenständig anzueignen und kritisch zu hinterfragen. Ein Bildungssystem kann nur dann gerecht sein, wenn Wahlfreiheit herrscht: Jeder Mensch muss unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft, finanzieller Lage und sonderpädagogischem Förderbedarf die von ihm bevorzugte Bildungsform frei wählen können. Pauschale Ausschlusskriterien sind grundsätzlich abzulehnen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Lernende nicht aufgrund ihrer finanziellen Situation gehindert sind, ihren gewünschten Bildungsweg zu verfolgen. Ein Bildungssystem muss so finanziert werden, dass es dabei nicht zu Wartezeiten kommt. In einer freiheitlichen Gesellschaft braucht Bildung nicht allein Staatsaufgabe zu sein: Alternative Bildungseinrichtungen fördern nicht nur die Vielfalt, sondern lassen Menschen selbst Verantwortung für Bildung übernehmen. Der Erwerb von Abschlüssen muss unabhängig davon möglich sein, wie und wo gelernt wurde. Wir erkennen an, dass Bildung auch außerhalb von staatlichen Institutionen erworben werden kann, wenn die qualitativ hochwertige Ausbildung sichergestellt ist. Neben herkömmlich erworbenen Abschlüssen muss es alternative Möglichkeiten geben, Zugang zu jeder Art von weiterführender Bildung zu erlangen.

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.3: Demokratisierung von Bildungseinrichtungen

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.3: Demokratisierung von Bildungseinrichtungen

Eine freiheitlich-demokratische, also eine auf den Prinzipien von Selbstbestimmung und Mitbestimmung aufbauende Gesellschaft, muss auch ihr Bildungssystem auf diese Grundlage stellen. Für die Lernenden sind Bildungseinrichtungen ein prägender und umfassender Bestandteil ihres Lebens. Deshalb müssen Bildungseinrichtungen mit originärem Bildungsauftrag demokratisch verfasst und transparent organisiert sein. Sie sind als Lebensraum der Lernenden und Lehrenden zu begreifen, dessen Mitgestaltung und Nutzung ihnen auch bezüglich der Lerninhalte offen stehen muss. Die Entwicklung einer mündigen, kritischen und selbstständigen Persönlichkeit ist ein wesentlicher Aspekt von Bildung, der durch die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen unterstützt und gefördert wird; demokratische Werte werden dabei nicht nur vermittelt, sondern auch gelebt.

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.4: Gemeinschaft und Individualität vereinen

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.4: Gemeinschaft und Individualität vereinen

Der Staat hat nicht bloß gesetzgeberische Funktion, sondern ist auch Träger öffentlicher Schulen. Als solcher hat er ein öffentliches Schulsystem zu gestalten, das mit gutem Beispiel voran geht und dafür Sorge zu tragen, dass die oben gestellten Anforderungen in vorbildlicher Weise umgesetzt werden. In jeder öffentlichen Schule sollen die Lernenden ihre Laufbahn flexibel und individuell planen und absolvieren können. Durch individuell unterstützende Strukturen und Angebote sollen Schulen den unterschiedlichen Interessen und Lerngeschwindigkeiten Rechnung tragen. Ein vorgeschrieben einheitliches Lerntempo lehnen wir ab, da es den individuellen Bedürfnissen der Lernenden nicht gerecht wird. Durch individuelles Lernen verbunden mit intensiver bedarfsorientierter Unterstützung der Lernenden sollen Schulen gerechter werden. Die soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden. Wir begrüßen die Entwicklung hin zu Gemeinschaftsschulen, da diese Schulform unseren Ansprüchen am ehesten genügt. Im öffentlichen Schulwesen soll Raum sein für alternative Schulkonzepte, wie zum Beispiel mehrsprachige und internationale Schulen. Schulen sollen den Lernenden zu Erfolgserlebnissen und nicht zur Erfahrung des Scheiterns verhelfen. Bewertungen von Lernenden müssen diese als Individuen würdigen und ihre Leistungen als Bestandteil und Ergebnis eines Entwicklungsprozesses unter verschiedenen Aspekten in den Blick nehmen. Sie sollen den Lernenden vorrangig als Rückmeldung über ihre Bildungsfortschritte dienen und nicht der interpersonellen Vergleichbarkeit. Wir setzen uns für eine ganztägige Öffnung der Schulen und für ein breitgefächertes schulisches Angebot von Aktivitäten ein, die gebührenfrei sind und allen Lernenden offenstehen.

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.5: Freier Zugang zu Wissen und wissenschaftlichen Ergebnissen

Antragsteller FireFox konkurrierend zu GP08 (Seite 23) Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 06.5: Freier Zugang zu Wissen und wissenschaftlichen Ergebnissen

Die vorhandenen Forschungseinrichtungen im Land Brandenburg und ihr wissenschaftliches Spektrum bilden die Grundlage für freies und fruchtbares Forschen. Der Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse hängt in einem erheblichen Maße von ihrer freien und öffentlichen Zugänglichkeit ab. Deshalb ist ein freier Zugang zu wissenschaftlicher Tätigkeit, wissenschaftlichen Diskursen und Forschungsergebnissen unabdingbar. Der Wert von Wissenschaft lässt sich nicht auf wirtschaftliche oder infrastrukturelle Aspekte reduzieren. Um ihre Vielfalt und Freiheit zu wahren, darf wissenschaftliche Tätigkeit keinen politischen oder wirtschaftlichen Zwängen unterliegen. Die Vernetzung von Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, auch mit Einrichtungen anderer Bundesländer, muss gezielt gefördert werden. Forschungseinrichtungen sollen Kooperationen mit Bildungsinstitutionen anstreben und sich für Lernende aus allen anderen Bildungsbereichen öffnen. Wir wollen die Chancen neuer technischer Möglichkeiten und Kommunikationsformen in der Wissensverbreitung stärker aufgreifen. Die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit nach dem Prinzip des Open Access ist ein unerlässlicher Bestandteil gegenwärtigen und zukünftigen Wissenschaftsbetriebs. Jedem Bürger muss der Zugang zu Informationen und Wissen

ermöglicht werden, zu deren Erforschung und Produktion mindestens mittels Steuergeldern beigetragen wurde. Dies gilt insbesondere für Schulen und Universitäten. Ein Grundrecht auf Zugang zu Wissen ist unabdingbar. Wissen darf kein Luxusgut werden!

GP08 - Wissenschaft

Antragsteller Sebastian Pochert konkurrierend zu GP05 M06.5 (Seite 22) Wiki-Version: 11:36, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP08 - Wissenschaft

Wissenschaft ist die Unternehmung, Wissen in Form nachvollziehbarer Erklärungen und Prognosen über die Welt zu erzeugen, zu organisieren und weiterzugeben. Bildung und Wissenschaft sind zentrale Antriebskräfte des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fortschritts, auf dem unser materielles und geistiges Vermögen beruht. Sie versetzen uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und, wenn nötig, den Kurs zu ändern. Die Freiheit von Wissenschaft, das heißt von Lehre und Forschung sowie deren Organisation und Weiterverarbeitung, ist ein Individualrecht.

Freier Zugang zu Wissenschaft Die Vielfalt der Forschungseinrichtungen in Brandenburg und den angrenzenden Bundesländern sowie die Breite ihres wissenschaftlichen Spektrums bilden die Grundlage für freies und fruchtbares Forschen. Der Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse hängt in erheblichem Maße von ihrer freien und öffentlichen Zugänglichkeit ab. Nur zugängliches Wissen kann genutzt werden, Problemlösungen umzusetzen oder Alternativen auszuarbeiten. Deshalb ist ein freier Zugang zu wissenschaftlicher Tätigkeit, wissenschaftlichen Diskursen und Forschungsergebnissen unbedingt zu gewährleisten. Der Wert von Wissenschaft lässt sich nicht auf wirtschaftliche oder infrastrukturelle Aspekte reduzieren. Um ihre Vielfalt und Freiheit zu wahren, darf wissenschaftliche Tätigkeit keinen politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Zwängen unterliegen, sondern muss vielmehr auf verschiedenste Art und Weise gefördert werden. Die Vernetzung von Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen muss gezielt gefördert werden. Forschungseinrichtungen sollen Kooperationen mit Bildungsinstitutionen anstreben und sich für Lernende aus allen anderen Bildungsbereichen öffnen.

Freier Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen Die technische Entwicklung hat die praktischen und wirtschaftlichen Bedingungen für die Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und kulturellem Erbe grundlegend verändert. Insbesondere das Internet ermöglicht erstmals eine umfassende und interaktive Repräsentation des menschlichen Wissens, einschließlich des kulturellen Erbes, bei gleichzeitiger Gewährleistung eines weltweiten Zugangs. Wir fühlen uns verpflichtet, die Chancen neuer technischer Möglichkeiten, insbesondere des Internets als dem zunehmend an Bedeutung gewinnenden Medium der Wissensverbreitung, aufzugreifen. Die genannten Entwicklungen werden das Wesen wissenschaftlichen Publizierens erheblich verändern und einen Wandel der bestehenden Systeme wissenschaftlicher Qualitätssicherung einleiten. Die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit nach dem Prinzip des Open Access ist unerlässlicher Bestandteil gegenwärtigen und zukünftigen Wissenschaftsbetriebs. Wir sehen es als Aufgabe der Staatsgewalt und der Bürger an, für dieses Prinzip zu werben, sämtliche Umsetzungshürden zu beseitigen und die nötige Infrastruktur zu fördern oder gegebenenfalls bereitzustellen. Die hierfür aufzuwendenden Mittel dürfen nicht zu Lasten sonstiger Wissenschafts- und Forschungsförderung gehen. Maßnahmen zur Förderung von Open Access sind mit der Unabhängigkeit der Universitäten und der Forschungsfreiheit vereinbar. Medizintechnik, Impfstoffe, essentielle Medikamente und existenzsichernde Technologien müssen auch für bedürftige Menschen in Ländern geringer Wirtschaftsleistung verfügbar sein. Die Brandenburger Forschungseinrichtungen müssen alle Optionen prüfen, um dieses Ziel zu erreichen: von freien Lizenzen bis hin zu positiven Handlungspflichten der Industrie.

5. Kunst und Kultur

GP09 - Kunst und Kultur

Antragsteller Sebastian Pochert Wiki-Version: 18:59, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP09 - Kunst und Kultur

Durch Kulturförderung werden nicht nur die Kreativen geschützt, sondern auch unsere Freiheitsrechte. Eine verantwortliche, transparente, anregende und nachhaltig gestaltende Kulturpolitik kräftigt eine zukunftsorientierte, vielfältige und humane Gesellschaft. Diese Politik muss die notwendigen Rahmenbedingungen für eine freie Entfaltung von Kunst und Kultur schaffen – sie darf diese nicht bewerten oder vereinnahmen. Die Bewertung von Kunst und Kultur obliegt jedem einzelnen Bürger. Die kulturelle Freizügigkeit und die Vielfalt des Landes Brandenburg sollen durch geförderten Freiraum und Verhältnismäßigkeit bei der Wahrung der Rechte der Anwohner verteidigt werden. Behörden sollen ihre Ermessensspielräume nutzen, um zugunsten von Kunst- und Kulturinitiativen zu entscheiden. Das Kulturleben Brandenburgs soll sich auch als Wirtschaftsfaktor und Vernetzungsplattform lebendig weiterentwickeln. Kulturentwicklungsplanung ist vielschichtig und muss die kulturelle Bildung, Betätigung und Mitwirkung des Bürgers sowie die Künste und die Kulturwirtschaft aufeinander abstimmen und die dafür notwendigen Ressourcen und Verfahren definieren. Wir sind bestrebt, die Förderstruktur von Kunst und Kultur möglichst stabil zu halten. Bei einzelnen Sparten sollte auch in Wirtschaftskrisen nicht so stark gekürzt werden, dass ihre jeweilige Existenz gefährdet sind, denn im Gegensatz zu materiellen Werten kann eine verlorene kulturelle Infrastruktur nur langsam wieder aufgebaut werden. Der Zugang zu Kultureinrichtungen muss für alle Gesellschaftsschichten offen gehalten werden, damit diese Institutionen gesellschaftlich verankert werden können. Des weiteren müssen größtenteils öffentlich finanzierte Einrichtungen auch für die Bevölkerung zugänglich sein.

6. Wirtschaft und Soziales

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 07: Wirtschaft

Antragsteller FireFox konkurrierend zu GP10 (Seite 25) konkurrierend zu GP11 (Seite 26) konkurrierend zu GP12 (Seite 27)
Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 07: Wirtschaft

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik ein. Wir sind für die Stärkung der regionalen und kommunalen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Wir sind für die Förderung regionaler Arbeitsmärkte. Die Stärkung regionaler bevorzugt zu kommunaler Wertschöpfungsketten gibt den Bürgern mehr Freiheit, wieder unabhängiger ihr Leben zu gestalten. Die Förderpolitik des Landes Brandenburg muss so gestaltet sein, dass primär regionale und kommunale Projekte und Unternehmen gefördert werden. Es entspricht nicht dem piratischen Nachhaltigkeitsbegriff, dass die Verwendung der Steuergelder der Bürger zu erhöhten Gewinnen bei Unternehmen führen. Die Haushaltspolitik des Landes gründet sich auf dem Verursacherprinzip. Wer bestellt bezahlt. Subventionen sollen nur dort eingesetzt werden, wo wichtige wirtschafts- und forschungspolitische Ziele anders nicht erreicht werden können. Sie müssen zeitlich begrenzt sein und unterliegen einer steten Überprüfung. Die Netze der Infrastruktur sollen in öffentlicher, bevorzugt in kommunaler Hand, sein. Dabei ist ein diskriminierungsfreier, kostengünstiger Zugang zu gewährleisten. Die Entgelte richten sich nach den Kosten. Die Einrichtung und der Ausbau von kommunalen Betrieben - einschließlich der Rekommunalisierung - ist zu fördern.

GP10 - Wirtschaftsprogramm

Antragsteller Bastian konkurrierend zu GP05 M07 (Seite 25) konkurrierend zu GP11 (Seite 26) konkurrierend zu GP12 (Seite 27)
Wiki-Version: 11:42, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP10 - Wirtschaftsprogramm

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik ein. Wir sind für die Stärkung der regionalen und kommunalen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Wir sind für die Förderung regionaler Arbeitsmärkte. Die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten gibt den Bürgern mehr Freiheit, wieder unabhängiger ihr Leben zu gestalten.

Die Förderpolitik des Landes Brandenburg muss so gestaltet sein, dass primär regionale und kommunale Projekte und Unternehmen gefördert werden.

Es entspricht nicht dem piratischen Nachhaltigkeitsbegriff, dass die Verwendung der Steuergelder der Bürger zu erhöhten Gewinnen bei Unternehmen führen.

Die Haushaltspolitik des Landes gründet sich auf dem Verursacherprinzip. Wer bestellt bezahlt.

Subventionen sollen nur dort eingesetzt werden, wo wichtige wirtschafts- und forschungspolitische Ziele anders nicht erreicht werden können. Sie müssen zeitlich begrenzt sein und unterliegen einer steten Überprüfung.

Die Netze der Infrastruktur sollen in öffentlicher, bevorzugt in kommunaler Hand, sein.

Dabei ist ein diskriminierungsfreier, kostengünstiger Zugang zu gewährleisten. Die Entgelte richten sich nach den Kosten.

Die Einrichtung und der Ausbau von kommunalen Betrieben - einschließlich der Rekommunalisierung - ist zu fördern.

Begründung:

Die Privatisierungswelle und die Globalisierung der letzten Jahre haben zu einer starken Umverteilung der Vermögen von unten nach oben und von lokalen zu zentralen Strukturen geführt. Die Kommunen sind hoch verschuldet, die Angebote an die Bürger sind stark ausgedünnt worden oder werden nur noch zu stark gestiegenen Preisen angeboten.

Durch immer neue oder wachsende Aufgaben - ohne entsprechend erhöhte Mittelzuweisungen - bluten die Kommunen völlig aus und sind nur noch mit Not in der Lage, ihre gesetzlich Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Die Gemeinden sind technologisch und infrastrukturell abgehängt worden und stark überaltert. Der regionale Arbeitsmarkt ist zusammengebrochen und wird nur mit teilweise sinnfreien Subventionen gestützt.

Bildungs- und Freizeitangebote für insbesondere für junge Menschen fehlen hier fast vollständig, die Kommunikationsnetze und der ÖPNV sind nur sehr lückenhaft ausgebaut.

Dadurch werden die ländlichen Regionen stark benachteiligt, welches wesentlich zur Entvölkerung ganzer Landstriche beiträgt. Das Wegschmelzen von Bildungseinrichtungen führt zu unerträglichen Reisezeiten und letztlich zur Verwehrung der Chancengleichheit.

Wir wollen attraktive Gemeinden, soziale Gemeinschaften, gute Bildungs- und Freizeitangebote und einen attraktiven ÖPNV. Voraussetzung ist hierfür, dass die Kommunen leistungsfähig und handlungsfähig sind und eigene Akzente setzen können. Dafür müssen sie auch die Möglichkeit haben, eigene Wirtschaftskreisläufe ggfls. mit anderen Kommunen zusammen zu entwickeln.

Auch die Rekommunalisierung kann hierzu wesentlich beitragen.

GP11 - Wirtschaft (umformuliert)

Antragsteller Markus F. konkurrierend zu GP05 M07 (Seite 25) konkurrierend zu GP10 (Seite 25) konkurrierend zu GP12 (Seite 27) Wiki-Version: 14:27, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP11 - Wirtschaft (umformuliert)

Die ersten 3 Absätze des Moduls Wirtschaft mögen gestrichen und durch folgenden Text ersetzt werden:

Die Piraten Brandenburg setzen sich für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik ein: Wir sind für die Stärkung der regionalen und kommunalen Wirtschaft. Hier müssen wirtschaftsfördernde Projekte besonders unterstützt werden. Neben der Förderung der Einrichtung sowie dem Ausbau von kommunalen Betrieben ist es ebenso wichtig, kleine und mittlere Unternehmen zu fördern. Unsere Ziele sind die Neuschaffung regionaler Arbeitsmärkte und die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten. Dies soll den Bürgern wieder mehr Freiheit geben, ihr Leben unabhängiger gestalten zu können.

Es entspricht nicht dem piratischen Nachhaltigkeitsbegriff, dass die Verwendung von Steuergeldern der Bürger zu erhöhten Gewinnen bei Unternehmen führen. Subventionen sollen nur dort eingesetzt werden, wo wichtige wirtschafts- und forschungspolitische Ziele anders nicht erreicht werden können. Sie müssen zeitlich begrenzt sein und einer steten Überprüfung unterliegen. Wirtschaftsfördernde Projekte müssen insbesondere auf regionaler und kommunaler Ebene unterstützt werden.

Die Netze der Infrastruktur sollen in öffentlicher - bevorzugt kommunaler - Hand sein. Dabei ist ein diskriminierungsfreier, kostengünstiger Zugang zu gewährleisten. Die Entgelte für die Nutzer müssen sich nach den Kosten richten.

Begründung:

Dieser Antrag geht davon aus, dass der Antrag "Grundsatzprogramm LV Brandenburg" angenommen wurde und basiert auf diesem Programm. Die Änderungen sind nur sprachlicher Natur. Der Inhalt ist fast identisch. Korrektur willkommen.

GP12 - Wirtschaft

Antragsteller Andreas konkurrierend zu GP05 M07 (Seite 25) konkurrierend zu GP10 (Seite 25) konkurrierend zu GP11 (Seite 26)

Wiki-Version: 22:34, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP12 - Wirtschaft

Der Parteitag möge beschließen, im Programm den Absatz "Wirtschaft" wie folgt zu ändern:

Die Wirtschaftspolitik der Piraten ist geprägt von Freiheit, Verantwortung und Transparenz. Verantwortung im Handeln der Akteure und Verantwortlichkeit für die Ergebnisse und Folgen der Handlungen aller Wirtschaftssubjekte soll wieder eine zentrale Rolle spielen. Wir wollen Bürger, Politiker, Beamte, Eigentümer, Geschäftsführer, Manager, Aufsichtsräte, Aktionäre, Gewerkschafter und Arbeitnehmer wieder in die Lage versetzen ihrer Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Wir wollen aber auch den gesetzlichen Rahmen entwickeln, dass die Wirtschaftssubjekte bei Versagen sowohl strafrechtlich als auch persönlich finanziell zur Verantwortung gezogen werden können.

Die Entwicklung einer Marktwirtschaft, da wo Marktwirtschaft die effizienteste Methode der eigenverantwortlichen Steuerung der Wirtschaft darstellt, bedarf eines umfassenden und wirkungsvollen gesetzlichen Rahmens ohne partielle Eingriffe. Offene und transparente Märkte, ohne Monopole und Kartelle sind dazu die Voraussetzung.

Staatliche Einflussnahme sollte beschränkt sein, auf die Verbesserung des gesetzlichen Rahmens und einer zielorientierten, systematischen, konsistenten und einfachen Steuerpolitik. Subventionspolitik im Allgemeinen, die zuletzt immer eine Umverteilung der Steuergelder der Bürger von den Schwächeren zu den Einflussreicheren, von den Ärmeren zu den Reichen bzw. von den Arbeitenden zu den Eigentümern darstellt, lehnen die Piraten ab. Dies heißt jedoch nicht, dass wir auf zeitlich beschränkte, degressiv gestaltete, transparente Subventionspolitik zur Zurückdrängung der Monopolisierungstendenzen in der Wirtschaft, zur Umgestaltung der Gesellschaft zur Nachhaltigkeit und zur Verbesserung sozial verantwortlichem Handels als Ausgleich vergangener und derzeitiger verfehlter Politik verzichten wollen. Die Piraten wollen jedoch insbesondere Förderinstrumente jenseits von direkten Subventionen als politische Instrumente der Einflussnahme nutzen.

Die Piraten erkennen jedoch auch Grenzen der marktwirtschaftlichen Effizienz. Vor allem im Gesundheitswesen, der Bildung und bei den Netzen der immobilen Infrastruktur kann es naturgemäß keinen freien Markt geben. Hier stehen zuerst die Kommunen bzw. bei überregionalen Netzen die Länder und der Bund in der Verantwortung die Grundversorgung ihrer Bürger kostengünstig, transparent und diskriminierungsfrei sicherzustellen.

Die Piraten unterstützen auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit ausgerichtetes wirtschaftliches Handeln. Gerade regionale Märkte bieten für die Bürger unseres Landes eine Möglichkeit der Teilhabe und der wirtschaftlichen Betätigung. Der Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten als Ansatz nachhaltiger Regionalentwicklung bietet die Möglichkeit der Stärkung der Sozial- und Wirtschaftsstrukturen besonders in einem landwirtschaftlich geprägten Flächenland wie Brandenburg. Wir wollen aber auch die Chancen der klein- und mittelständischen Unternehmen im globalen Wettbewerb stärken. Eine anforderungsnah Ausbildung in den Betrieben und an staatlichen bzw. privaten Lehreinrichtungen bietet dazu die Grundlage. Lebenslanges Lernen in Verbindung mit durchlässigen, fördernden Strukturen der Betriebe, der staatlichen Verwaltung sowie im Gesundheitswesen bieten die Basis für die Chance stetiger persönliche Entwicklung eines jeden Bürgers ohne Ausgrenzung und Benachteiligung und geben das Fundament wirtschaftlichen Erfolges.

GP13 - Wirtschaft (Weiterentwicklungen)

Antragsteller Markus F. Wiki-Version: 14:26, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP13 - Wirtschaft (Weiterentwicklungen)

Dem Programm möge im Modul "Wirtschaft" der folgende Absatz ergänzt werden:

Das Wirtschaftssystem soll den Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft entsprechen und den Fortschritt der Gesellschaft sichern. Wir stehen deshalb insbesondere für Weiterentwicklungen des Wirtschaftssystems ein und fördern Ideen, die neue Wege menschlichen Lebens und Wirtschaftens aufzeigen.

Begründung:

Dieser Antrag geht davon aus, dass der Antrag "Grundsatzprogramm LV Brandenburg" angenommen wurde. Dieser Passus soll verdeutlichen, in wie fern wir Veränderungen in der Wirtschaft gegenüberstehen. Der ursprüngliche Text ist aus einem Vorschlag übernommen und überarbeitet. Ergänzungen sind willkommen.

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 08: Soziales

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 08: Soziales

Die Piratenpartei setzt sich für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen. Frei kann jedoch nur sein, wer frei ist von Angst um seine Existenz und sich deshalb zu politischen und gesellschaftlichen Themen eine Meinung bilden kann. Sozialeleistungen sollen in angemessener Höhe für alle betroffenen Bürger gerecht und unter Beachtung von Privatsphäre und Bürgerrechten bereitgestellt werden. Die gerechte und angemessene Vergütung aller Erwerbstätigkeiten ist Voraussetzung für eine soziale und gesellschaftliche Teilhabe.

GP14 - Wirtschaft (Monopole)

Antragsteller Markus F. Wiki-Version: 14:26, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP14 - Wirtschaft (Monopole)

Dem Programm möge im Modul "Wirtschaft" der folgende Absatz hinzugefügt werden:

Monopolbildung führt zu eingeschränktem Wettbewerb und folglich erhöhten Preisen. Monopol- und Kartellstrukturen lassen den Menschen keine Alternativen und führen deshalb zu verstärkten Abhängigkeiten. Das Wirtschaftssystem ist so zu gestalten, dass Monopolstrukturen und deren Entstehung verhindert werden.

Begründung:

Dieser Antrag geht davon aus, dass der Antrag "Grundsatzprogramm LV Brandenburg" angenommen wurde. Begründet die Ablehnung von Monopolen und Förderung von freiem Wettbewerb. Der ursprüngliche Text ist aus einem Vorschlag übernommen und überarbeitet. Ergänzungen sind willkommen.

GP15 - Grundrecht auf Internetzugang (Breitband)

Antragsteller FireFox für die AG Wirtschaft Wiki-Version: 14:35, 30. Dez. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP15 - Grundrecht auf Internetzugang (Breitband)

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und in das Grundsatzprogramm die Forderung "Die Piraten Brandenburg treten für ein Grundrecht auf Internetzugang (Breitband) ein." aufnehmen.

Hierzu ist, wenn möglich, die Überschrift "Grundrecht auf Internetzugang (Breitband)" zu verwenden oder an geeigneter Stelle im Grundsatzprogramm einzupflegen.

Begründung:

I . Was bedeutet diese Forderung?

1. Jedem Haushalt und Betrieb ist ein netzneutraler und diskriminierungsfreier Basisanschluss mit einer Mindestbandbreite von 2MBit/512KBit zur Verfügung zu stellen (funkbasierte Verfahren wie UMTS / LTE / Satellit erfüllen nur dann diese Anforderungen, wenn genügend Bandbreite/Kanäle und Wetterunabhängigkeit gewährleistet sind).
2. Der Basisanschluss ist in der preislichen Größenordnung der derzeitigen Tarife anzubieten.
3. Für sozial Benachteiligte ist ein entsprechend ermäßigter Tarif festzulegen. Für ALG II-Empfänger sind die Kosten zu übernehmen. Außerdem ist die Anschaffung eines einfachen Computers (einschließlich minimal-notwendigem Zubehör) zu ermöglichen.
4. Sperrungen (außer bei einem erheblichen, nicht einbringbaren Gebührenrückstand) sind unzulässig, da Sperrungen des Netzzugangs eine neue Form des Hausarrestes darstellen.
5. Sind Breitbandanschlüsse aus technischen/zeitlichen Gründen nur über Funkübertragungsverfahren (außer Richtfunk) möglich, ist dies nur eine Übergangslösung, die innerhalb kurzer Frist durch kabelgebundene Verfahren abgelöst werden müssen.
6. Dort wo es sinnvoll und möglich ist, sind Übertragungspunkte mittels Glasfaserkabel (FiberToHome) aufzubauen.

II. Wie begründen wir unsere Forderungen?

Das Internet hat im privaten und beruflichen Leben den gleichen Stellenwert wie einst Rundfunk und Fernsehen eingenommen.

Ein Beschluss des OLG München vom 23. März 2010 (1 W 2689/09) sagt Folgendes:

“Angesichts der zunehmenden Bedeutung, die die Nutzung eines Computers in Privathaushalten hat, hält es der Senat zumindest für diskutabel, dass die ständige Verfügbarkeit eines solchen Gerätes mittlerweile zum notwendigen Lebensbedarf gehört. Maßgebliche Aspekte sind hierbei der hohe Grad der Verbreitung, vor allem aber die ständig zunehmende Internet-Nutzung im privaten Alltag, sei es zur Informationsbeschaffung, zur Kommunikation, zur Abwicklung von Geschäften oder als Unterhaltungsmedium die in aller Regel einen Computer erfordert.”

Der Computer wird somit bereits zum notwendigen Lebensbedarf gezählt.

Die Häufigkeit der Nutzung ist neben den technischen Voraussetzungen abhängig von Bildung, Alter und Vorlieben der Bürger.

Neben dem gewerblichen Bereich, in dem die Benutzung des Internets vorgeschrieben ist (Steuermeldungen, Meldungen zu den Sozialversicherungen, Behördenmeldungen), wird seitens der Behörden auch im privaten Umfeld verstärkt die Nutzung von Dienstleistungen über das Internet angeboten. Zudem ist auch die Nutzung durch den Bürger nicht mehr aus dem Alltagsleben wegzudenken.

Betriebe sind ohne garantierten Breitbandanschluss nicht arbeitsfähig. Eine Ansiedlung ist daher nahezu ausgeschlossen.

Der Zugang zu freier Information ist genauso ein Grundrecht, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Bürger, die diesen Zugang nicht haben oder nutzen können, sehen sich einer zunehmenden digitalen Barriere ausgesetzt und können sich zudem nicht allgemein verfügbaren Quellen informieren.

Insbesondere in Gebieten mit ländlicher Struktur ist ein Ausgleich der Informations- und Kommunikationsdefizite nur (noch) durch den Internetzugang möglich. Da das Kommunikations- und Datenvolumenaufkommen bereits derzeit immens ist (zB. E-Mails, Webseiten, VoIP), muss die bereits erwähnte Minimalbandbreite mindestens gewährleistet werden. Die Schließung von Gemeinschaftseinrichtungen, wie Treffpunkte, Bibliotheken, Ämter, Schulen aus angeblichen Kostengründen haben zu einer erheblichen Erosion der ländlichen Gebiete geführt. Der schlechte ÖPNV trägt ebenfalls dazu bei, dass insbesondere junge Menschen kaum noch öffentliche Angebote nutzen oder sich mit anderen treffen können. Das Internet stellt hier keinen gleichwertigen Ersatz dar, kann aber zumindest als Brücke dienen.

Schulen, die immer weiter vom Wohnort entfernt sind, erwarten von den Schülern, dass sie einen umfangreichen Zugang zu Quellen haben, um gestellte Aufgaben auch umsetzen zu können. Dies lässt sich heute nur noch über das Internet bewerkstelligen, da viele Nachschlagewerke und Lexika nicht mehr als Druckversion aufgelegt oder im Haushalt aus Kostengründen (vgl. Brockhaus) angeschafft werden.

Zu Zeiten der staatlichen Post ist ein Großteil der Telekommunikation-Infrastruktur bereits durch Steuergelder aller Bürger aufgebaut worden. vor der Privatisierung und der Schenkung an die Telekom aufgebaut worden.

III. Beschluss der Minister der Mitgliedstaaten des Europarates

Die für Medienfragen zuständigen Minister der Mitgliedstaaten des Europarates stellten in der Abschlusserklärung ihres Treffens vom 28. bis 29. Mai 2009 in Reykjavik fest, dass

die Europäer das Internet zunehmend als “grundlegendes Werkzeug für alltägliche Aktivitäten zur Verbesserung ihrer Lebensqualität nutzen” würden. Internetdienste müssten daher leicht zugänglich, sicher, zuverlässig und dauerhaft verfügbar sein. Aus diesen Gründen empfehlen die Minister den Mitgliedstaaten, Maßnahmen zu ergreifen, um den “öffentlichen Nutzen des Internets” zu erhöhen. Dazu gehörten auch Vorkehrungen, die die Verfügbarkeit kritischer Infrastrukturen und Ressourcen “im öffentlichen Interesse” sicherstellen. Beim Ausbau des universellen Zugangs zum Internet” müsse gegebenenfalls der Staat die Initiative ergreifen, wenn “die Marktkräfte nicht in der Lage sind, alle legitimen Bedürfnisse und Bestrebungen zu erfüllen”.

Die Minister verweisen ausdrücklich darauf, dass die Mitgliedstaaten bei der Terrorismusbekämpfung an die Europäische Menschenrechtskonvention und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gebunden sind.

Alle Eingriffe in die Freiheiten der Bürger müssten durch Gesetze begründet werden, klar abgegrenzt sein und die Verhältnismäßigkeit wahren.

IV. In Brandenburg geht es nicht voran.

Insbesondere Brandenburg steht durch die jahrelange Vernachlässigung der Infrastruktur an letzter Stelle im Ausbau des Breitbandes. Die angebliche Netzabdeckung von 80 % (Schätzung des Landwirtschaftsministeriums) der Haushalte darf ernsthaft bezweifelt werden. Hier werden theoretisch mögliche Funkanschlüsse via GRPS oder Satellit mitgezählt, die im Sinne einer Breitbandverwendung untauglich sind. Tatsächlich sind es nur 65 % (IHK-Potsdam, 25.06.2009). Dies bedeutet aufgrund der Konzentrierung auf die RWKs (regionale Wachstumskerne) eine desaströse Versorgung der ländlichen Gebiete. Initiativen wie <http://www.breitbandatlas-brandenburg.de> stellen lediglich eine Sammlung von Nachfragewünschen (z.Zt. 12088 Bedarfsmeldungen) von Bürgern und Unternehmen dar, die Kenntnis von dieser Initiative haben. Im Endeffekt hat dies aber keinen Einfluss auf die Angebotssituation der DSL-Provider, die hohe Kosten für den Ausbau scheuen. Auch Absichtserklärungen der Landesregierung von 2007 und 2008 sind wirkungslos verpufft.

So liegen dem federführenden Landwirtschaftsministerium zum 16.07.2010 lediglich 100 Anträge auf Fördermittel vor.

- Mögliche Verfahren

- <http://www.dsl-fuer-brandenburg.de/Technik.html>

7. Umwelt und Energie

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 09: Umwelt und Energie

Antragsteller FireFox konkurrierend zu GP16 (Seite 32) Wiki-Version: 14:16, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP05 - Grundsatzprogramm LV Brandenburg - Modul 09: Umwelt und Energie

Die Piratenpartei setzt sich für die Stärkung des Menschen ein. Um Grundwerte wie Freiheit und Unabhängigkeit zu entfalten, muss dafür gesorgt sein, dass diese nicht durch Umweltschäden oder Ressourcenknappheit eingeschränkt werden. Die Piratenpartei setzt sich deshalb für eine intakte Natur ein, und fördert die nachhaltige Nutzung natürlicher und regenerativer Ressourcen. Für unsere und zukünftige Generationen soll eine größtmögliche Freiheit und Unabhängigkeit für starke Bürger gewährleistet sein. Die Stärkung der Bürger, soll mit der Stärkung demokratischer Strukturen in Kommunen und Wirtschaft, sowie möglichst großer kommunaler Wertschöpfung, realisiert werden.

GP16 - Umwelt und Energie: Modul 1 - Präambel

Antragsteller Christoph B. konkurrierend zu GP05 M09 (Seite 32) Wiki-Version: 11:10, 6. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP16 - Umwelt und Energie: Modul 1 - Präambel

Die Piratenpartei steht für die Stärkung der Grundrechte aller Menschen. Um die Grundrechte wie Freiheit, Gleichheit und Unabhängigkeit zu wahren, muss dafür Sorge getragen werden, dass diese Rechte nicht durch Umweltschäden oder Ressourcenknappheit bedroht werden. Die Piratenpartei setzt sich daher für eine intakte und lebenswerte Natur und Umwelt für Mensch und Tier ein. Ein funktionierendes natürliches Ökosystem ist die Quelle gesunder Nahrung und damit unsere Lebensgrundlage.

Begründung:

Dieser Antrag stellt eine Alternative zu Modul 9 im Antrag Grundsatzprogramm LV Brandenburg dar, der Antrag ist allgemeiner gehalten und soll begründen warum Umweltpolitik ein Thema für die Piraten ist. Anders als Modul 9 streift er nicht den Themenbereich Wirtschaft.

Es handelt sich hierbei um eine Einleitung für ein Grundsatzmodul Umwelt und Energie. Es soll ein Bogen von der Politik der Piraten zum Umweltpolitik geschlagen werden. Ein Grundsatzprogramm wird sehr allgemein gehalten und enthält keine Forderungen. Es soll für die nächsten Jahre und Jahrzehnte Gültigkeit behalten. Grundsatzanträge zur Umwelt- und Energiepolitik für die Piraten werden dieser Präambel noch folgen.

Dieser Antrag wurde auch im Liquid Feedback des Landesverbands eingereicht: <https://lqpp.de/bb/initiative/show/1.html>

GP17 - Umwelt und Energie: Modul 2 - Energie

Antragsteller AG Umwelt und Energie, vertreten durch Heiko Brucker, Sebastian Pochert, Sven Weller, Christoph Brückmann konkurrierend zu GP18 (Seite 33) Wiki-Version: 11:13, 6. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP17 - Umwelt und Energie: Modul 2 - Energie

Die Energie sollte, wenn möglich, im Land Brandenburg von kommunalen Unternehmen erzeugt werden, diese sind zu größtmöglicher Kostentransparenz verpflichtet. Kommunale und dezentrale Energieunternehmen sollen gegenüber Monopolstrukturen gefördert werden und können zusammen Versorgergemeinschaften bilden.

Die Energieerzeugung sollte auf regenerativen Ressourcen aufbauen. Die Bereitstellung von Energie soll nachhaltig und umweltverträglich gestaltet sein. Ressourcen, welche zur Energieerzeugung und Energieumwandlung benötigt werden, müssen effizient genutzt werden.

Die Gewinnung von Energieträgern und der Bau von Kraftwerken sollte möglichst keine Schäden an Natur und Umwelt erzeugen. Der Schutz von Natur und Umwelt steht vor der Energie- und Ressourcengewinnung.

Die Energiegewinnung aus Kernkraft, fossilen Energieträgern oder sonstigen nicht-regenerativen Energiequellen lehnen wir aus Gründen der Umwelt- und Gesundheitsschäden, sowie der Endlichkeit dieser Ressourcen ab. Auch dürfen nutzbare Nahrungsmittel nicht als Energieträger verwendet werden.

Das Energieübertragungsnetz sollte dezentral und regional aufgebaut und in öffentlicher bzw. kommunaler Hand sein. Eine ausreichende Energieerzeugung und Vernetzung muss zu jeder Zeit, auch beim Ausfall weniger Energiequellen und -transportwege, gewährleistet sein.

GP18 - Umwelt und Energie: Modul 2 - Energie (Alternative)

Antragsteller Christoph B. konkurrierend zu GP17 (Seite 33) Wiki-Version: 11:17, 6. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP18 - Umwelt und Energie: Modul 2 - Energie (Alternative)

Die Piraten im Land Brandenburg setzen sich für die Stärkung dezentraler, kommunaler Energieunternehmen ein. Zur flächendeckenden Sicherung der Energieversorgung aller in Brandenburg lebenden Menschen, können Energieunternehmen Versorgergemeinschaften bilden. Mono- und Oligopolstrukturen sollen abgebaut und die demokratische Einflussnahme auf Unternehmen durch Angestellte und Bürger gefördert werden. Energieunternehmen sollen zu größtmöglicher Kostentransparenz verpflichtet werden.

Die Energieerzeugung soll auf natürlichen und regenerativen Ressourcen aufbauen. Gewinnung und Bereitstellung sollen umweltfreundlich gestaltet werden. Zur Energiegewinnung verwendete Ressourcen sollen möglichst vor Ort gewonnen und genutzt werden.

Für die Energieerzeugung aus regenerativen Energieträgern ist es unabdingbar, dass Energiespeicher erforscht und ausgebaut werden. Leistungsspitzen der regenerativen Energieerzeugung müssen gespeichert und dann verwendet werden, wenn Bedarf daran besteht. Energiespeicher sollen umweltschonend und an regionale Gegebenheiten angepasst gestaltet werden.

Energienetze sind so anzupassen, dass sie den Anforderungen der Zukunft gewachsen sind. Energienetze gehören zur lebensnotwendigen Infrastruktur. Sie gehören in die öffentliche Hand oder sind staatlicher Kontrolle zu unterstellen. Eine funktionstüchtige Energieinfrastruktur muss gesichert sein.

Begründung:

Absatz 1: Kleine Unternehmen beleben das Geschäft. Sie besitzen oft innovative Geschäftsstrukturen und sind offener für neue Technologien. Dies zeigt sich auch bei Deutschlands großen Energieunternehmen. Beispiel: 2008 produziert Deutschland 15 % seines Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. RWE hat gemessen an ihrer Gesamtproduktion einen Anteil von nur 2 % Strom aus erneuerbaren Energien.

Absatz 2: Die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen zur Energieerzeugung soll beendet werden. Stromerzeugung aus erneuerbaren Ressourcen mag heute immer noch teuer sein aber es ist eine Investition in die Zukunft. Die Preise für fossile Energieträger werden weiter steigen, zudem ist die Verwendung fossiler Energieträger nicht nur umweltschädlich, sondern auch verschwenderisch. Viele Rohstoffe werden auch in der Industrie benötigt.

Absatz 3: Energiespeicher müssen weiterentwickelt werden um effizienter zu werden. Speicher müssen regionalen Bedingungen angepasst sein, so macht es beispielsweise keinen Sinn Energieüberschüsse als Wasserstoff zu speichern wenn regional ohnehin Wassermangel herrscht.

Absatz 4: Ausfälle aufgrund maroder Energienetze verursacht durch Sparmaßnahmen in Großunternehmen darf es nicht geben. Netze müssen dem Bedarf in der Zukunft angepasst werden.

Dieser Antrag stellt eine Alternative zum Antrag Energie der AG Umwelt und Energie dar, der Antrag streift weniger andere Politikfelder wie beispielsweise Wirtschaft. Zudem werden weitere wichtige Themen wie Energiespeicherung angesprochen, was im Antrag der AG Umwelt und Energie nicht der Fall ist.

Dieser Antrag wurde auch im Liquid Feedback des Landesverbands eingereicht: <https://lqpp.de/bb/initiative/show/2.html>

GP19 - Umwelt und Energie: Modul 3 - Wasser

Antragsteller AG Umwelt und Energie, vertreten durch Heiko Brucker, Sebastian Pochert, Sven Weller, Christoph Brückmann
Wiki-Version: 11:24, 6. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP19 - Umwelt und Energie: Modul 3 - Wasser

Um allen Bürgern einen gerechten Zugang zu Trinkwasser zu ermöglichen, lehnen wir eine Privatisierung von Wasserbetrieben ab. Wasserbetriebe gehören in kommunale Hand. Zu den Aufgaben der Kommunen gehört es auch, der Verschwendung und Verschmutzung von Trinkwasser vorzubeugen.

Wasser ist ein schützenswertes Gut, welches Voraussetzung für eine intakte Natur und Umwelt ist und eine gesunde Ernährung und Versorgung sicherstellt. Dieses Gut muss durch geeignete Schutzmaßnahmen bewahrt werden.

Begründung:

Dieser Antrag wurde auch im Liquid Feedback des Landesverbands eingereicht: <https://lqpp.de/bb/initiative/show/18.html>

GP20 - Umwelt und Energie: Modul 4 - Nahrung

Antragsteller AG Umwelt und Energie, vertreten durch Heiko Brucker, Sebastian Pochert, Sven Weller, Christoph Brückmann

Wiki-Version: 11:31, 6. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP20 - Umwelt und Energie: Modul 4 - Nahrung

Aus Gründen einer gesunden Ernährung und der Umweltverträglichkeit lehnen wir eine stark übermäßige Produktion an pflanzlichen Nahrungsmitteln durch übermäßige Düngung sowie die damit verbundene Beseitigung von überschüssig produzierten Nahrungsmitteln ab.

Der Anbau von genetisch veränderten Pflanzen, welche nicht durch Kreuzung erzeugt wurden, lehnen wir ab.

Die Auswirkungen auf Mensch und Natur sind nicht vorhersehbar und laufen einer natürlichen Ernährung zuwider. Dazu lehnen wir Patente auf Leben und Gene ab.

Die Produktion von Nahrungsmitteln muss so erfolgen, dass Mensch und Natur nicht geschädigt werden.

Das Bewirtschaften von Feldern und die Haltung von Nutztieren müssen nach den Grundsätzen der ökologischen Landwirtschaft erfolgen. Nur diese stellen die natürliche und gesunde Ernährung sicher, die Menschen und Tieren als Grundrecht zusteht.

Begründung:

Dieser Antrag wurde auch im Liquid Feedback des Landesverbands eingereicht: <https://lqpp.de/bb/initiative/show/18.html>

8. Bauen und Verkehr

GP21 - Bauen und Verkehr: Modul 1 - Präambel

Antragsteller RicoB CB Wiki-Version: 08:33, 31. Dez. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP21 - Bauen und Verkehr: Modul 1 - Präambel

Der Landesparteitag möge beschließen, den folgenden Absatz unter der Überschrift "Bauen und Verkehr" dem Programm des Landesverbandes Brandenburg hinzuzufügen:

Eine nachhaltige Entwicklung des Verkehrs, des Bauens und der Stadtentwicklung hat angesichts der ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung in Brandenburg einen hohen Stellenwert. Die Überwindung der Folgen des demographischen Wandels und der wirtschaftsstrukturellen Entwicklung muss durch eine integrierte, partizipative und transparente Zusammenarbeit aller Beteiligten erreicht werden. Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehören die Bereitstellung und Überprüfbarkeit eines klimafreundlichen Verkehrsangebotes, die Schaffung eines attraktiven Wohnumfeldes, die Reaktivierung von brachliegenden Flächen auf vielfältige Weise, der Erhalt von historisch bedeutsamer Bausubstanz und von städtischen und ländlichen Strukturen, die Vermeidung der Zersiedelungen von Landschaft und Natur und der Erhalt von zusammenhängenden Kulturlandschaften und Grünanlagen in städtischen Gebieten. Die Zusammenarbeit in den Gebietskörperschaften, mit umliegenden Kommunen sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen ist dabei in allen Bereichen der Planung zu intensivieren.

Begründung:

Der Programmänderungsantrag zum Bereich "Bauen und Verkehr" gliedert sich in vier Einzelanträge. Alle Einzelanträge sollten beachtet und in einem Zusammenhang gesehen werden. Bei diesem Antrag handelt es sich um den ersten Teilantrag - die Präambel zum Themenbereich. Hier werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele für das Land Brandenburg formuliert.

Das gesamte Grundsatzmodul zum Themenbereich "Bauen und Verkehr" - also alle vier Einzelanträge als "großes Ganzes" gesehen - nimmt insbesondere Bezug auf die bestehenden Grundsäulen der Piratenpartei Deutschland. Es werden zahlreiche "piratistische Themen" - wie zum Beispiel die geforderte Transparenz im staatlichen Handeln, die verstärkte Einbeziehung der Bürger in Planungsprozesse und eine integrierte, partizipative und transparente Zusammenarbeit aller Beteiligten - angesprochen und für den Themenbereich konkretisiert.

GP22 - Bauen und Verkehr: Modul 2 - Bauen und Wohnen

Antragsteller RicoB CB Wiki-Version: 08:33, 31. Dez. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP22 - Bauen und Verkehr: Modul 2 - Bauen und Wohnen

Der Landesparteitag möge beschließen, den folgenden Absatz unter der Überschrift "Bauen und Verkehr" dem Programm des Landesverbandes Brandenburg hinzuzufügen:

Zur Würde des Menschen gehört auch würdevolles Wohnen. Wohnraum muss daher für jedermann bezahlbar sein. Dies soll unter anderem durch die Beachtung integrierter, partizipativer und transparenter Planung, sowie stärkere Berücksichtigung

sozialer Aspekte erreicht werden. Die Entwicklung von Baukultur muss ein gemeinsames, öffentlich gefördertes Anliegen sein. Bei allen baulichen Maßnahmen soll auf Natur und Landschaft besondere Rücksicht genommen werden. Öffentliche Fördermittel sollen vorrangig in die Sanierung und die Verbesserung der Energiebilanz von Altbauten fließen. Alle Neubauten sind barrierefrei, kind- und altersgerecht sowie unter Berücksichtigung der Nutzung erneuerbarer Energien zu errichten, Altbauten möglichst entsprechend zu modernisieren. Bauen ist auch Verantwortung, daher muss sichergestellt werden, dass bei allen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen nur geeignete Fachkräfte und Unternehmen tätig werden können. Die Bauwirtschaft und ihre Auftraggeber sind stärker als bisher zu kontrollieren. Alle öffentlichen Aufträge und Vergaben sollen transparent und nachvollziehbar veröffentlicht werden und kontrollierbar sein.

Begründung:

Der Programmänderungsantrag zum Bereich "Bauen und Verkehr" gliedert sich in vier Einzelanträge. Alle Einzelanträge sollten beachtet und in einem Zusammenhang gesehen werden. Bei diesem Antrag handelt es sich um den zweiten Teilantrag - die Präambel zum Themenbereich. Hier werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele für das Land Brandenburg formuliert.

Das gesamte Grundsatzmodul zum Themenbereich "Bauen und Verkehr" - also alle vier Einzelanträge als "großes Ganzes" gesehen - nimmt insbesondere Bezug auf die bestehenden Grundsäulen der Piratenpartei Deutschland. Es werden zahlreiche "piratistische Themen" - wie zum Beispiel die geforderte Transparenz im staatlichen Handeln, die verstärkte Einbeziehung der Bürger in Planungsprozesse und eine integrierte, partizipative und transparente Zusammenarbeit aller Beteiligten - angesprochen und für den Themenbereich konkretisiert.

GP23 - Bauen und Verkehr: Modul 3 - Verkehr und Infrastruktur

Antragsteller RicoB CB Wiki-Version: 08:34, 31. Dez. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP23 - Bauen und Verkehr: Modul 3 - Verkehr und Infrastruktur

Der Landesparteitag möge beschließen, den folgenden Absatz unter der Überschrift "Bauen und Verkehr" dem Programm des Landesverbandes Brandenburg hinzuzufügen:

Mobilität ist in der heutigen Gesellschaft ein wesentliches Merkmal für Lebensqualität und Entwicklungschancen der Bevölkerung. Die Infrastruktur einer gesicherten Versorgung mit Energie und Gütern gehört zu einer zivilisierten Gesellschaft. Kennzeichen einer entwickelten Wirtschaftsordnung ist auch der sparsame Umgang mit Rohstoffen, die Wiederverwertung von Ressourcen und der verantwortungsvolle und sparsame Umgang mit finanziellen Mitteln. Wir erkennen die unterschiedlichen Bedingungen der Infrastruktur und erstreben Wettbewerb, wo er die Bildung von Monopolen und Oligopolen verhindert. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Monopole aufzulösen und plädieren für eine Infrastruktur in staatlicher Trägerschaft, in der Wettbewerb aus strukturellen Gründen nicht möglich ist. Für dieses Ziel sind differenzierte Lösungen und innovative Ideen nötig. Örtliche und überörtliche Versorgungsinfrastrukturen müssen sich den Veränderungen durch die Bevölkerungsentwicklung anpassen können. Verkehrsbeziehungen sind möglichst zu bündeln. Dabei haben in der Planung Verkehrsmittel Vorrang, die ökonomisch und ökologisch langfristig die beste Bilanz vorweisen können. Eine ausreichende Anbindung der gesamten Bevölkerung an den öffentlichen Personennahverkehr ist sicherzustellen.

Begründung:

Der Programmänderungsantrag zum Bereich "Bauen und Verkehr" gliedert sich in vier Einzelanträge. Alle Einzelanträge sollten beachtet und in einem Zusammenhang gesehen werden. Bei diesem Antrag handelt es sich um den dritten Teilantrag - die Präambel zum Themenbereich. Hier werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele für das Land Brandenburg formuliert.

Das gesamte Grundsatzmodul zum Themenbereich "Bauen und Verkehr" - also alle vier Einzelanträge als "großes Ganzes" gesehen - nimmt insbesondere Bezug auf die bestehenden Grundsäulen der Piratenpartei Deutschland. Es werden zahlreiche "piratistische Themen" - wie zum Beispiel die geforderte Transparenz im staatlichen Handeln, die verstärkte Einbeziehung der Bürger in Planungsprozesse und eine integrierte, partizipative und transparente Zusammenarbeit aller Beteiligten - angesprochen und für den Themenbereich konkretisiert.

GP24 - Bauen und Verkehr: Modul 4 - Stadtplanung und Regionalplanung

Antragsteller RicoB CB Wiki-Version: 08:34, 31. Dez. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP24 - Bauen und Verkehr: Modul 4 - Stadtplanung und Regionalplanung

Der Landesparteitag möge beschließen, den folgenden Absatz unter der Überschrift "Bauen und Verkehr" dem Programm des Landesverbandes Brandenburg hinzuzufügen:

Alle Planungen der öffentlichen Hand dienen einer gerechten Abwägung öffentlicher und privater Interessen im Zusammenleben der Menschen. Planung ist unverzichtbar und darf nicht zugunsten einseitiger Interessen eingeschränkt oder aufgegeben werden. Planung soll immer ein ausgewogenes Mit- und Nebeneinander von Bedürfnissen des Wohnens, des Arbeitens, des Verkehrs, der Infrastruktur, der Kommunikation, der Bildung, des Sports und Kultur sowie der Freizeitgestaltung regeln. Auf allen Entscheidungsebenen (Land, Landkreise, Kommunen) soll die Bevölkerung in offenen Verfahren rechtzeitig und umfassend beteiligt und informiert werden. Die Bedürfnisse der Betroffenen sollen entsprechend berücksichtigt werden. Unkomplizierte und effektive Verfahren zur Bürgerbeteiligung müssen dabei entwickelt und konsequent ausgebaut werden. Alle für die Planung relevanten Informationen und Grundlagen sind öffentlich zugänglich zu machen und zu erläutern.

Begründung:

Der Programmänderungsantrag zum Bereich "Bauen und Verkehr" gliedert sich in vier Einzelanträge. Alle Einzelanträge sollten beachtet und in einem Zusammenhang gesehen werden. Bei diesem Antrag handelt es sich um den vierten Teilantrag - die Präambel zum Themenbereich. Hier werden die Kern- und Grundaussagen zu den verschiedenen Bereichen und politische Ziele für das Land Brandenburg formuliert.

Das gesamte Grundsatzmodul zum Themenbereich "Bauen und Verkehr" - also alle vier Einzelanträge als "großes Ganzes" gesehen - nimmt insbesondere Bezug auf die bestehenden Grundsäulen der Piratenpartei Deutschland. Es werden zahlreiche "piratistische Themen" - wie zum Beispiel die geforderte Transparenz im staatlichen Handeln, die verstärkte Einbeziehung der Bürger in Planungsprozesse und eine integrierte, partizipative und transparente Zusammenarbeit aller Beteiligten - angesprochen und für den Themenbereich konkretisiert.

9. Weiteres

GP25 - Wahl zur Reihenfolge

Antragsteller Markus F. Wiki-Version: 23:34, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

GP 25 - Wahl zur Reihenfolge

Der LPT möge folgendes beschließen:

Der LPT wählt in geheimer Wahl die Reihenfolge der Module bzw. Inhalte des Programmes. Vorschläge zum Wahlverfahren werden von der Wahlkommission gemacht. Durch Annahme dieses Antrages wählt der LPT zuerst offen über das Wahlverfahren, danach geheim über die Reihenfolge.

Begründung:

Ich weiß nicht ob wir diesen Antrag dafür brauchen, ich stelle ihn aber zur Sicherheit, da die Klärung der Reihenfolge noch offen ist.

Teil III.

Positionspapiere

1. Eingereichte Positionspapiere

PP01 - Positionspapier “Ablehnung der Polizeistrukturereform in Brandenburg”

Antragsteller Jensbernau, übernommen von Sebastian Pochert Wiki-Version: 15:48, 23. Dez. 2010

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP01 - Positionspapier “Ablehnung der Polizeistrukturereform in Brandenburg”

Der Landesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier verabschieden:

In Brandenburg wird momentan von der Landesregierung versucht, die Polizei neu zu strukturieren. Dabei sollen aus den vielen Polizeiwachen nur noch vier große Direktionen entstehen. Zeitgleich sollen dabei noch bis zu 1900 Beamte eingespart werden. Das, obwohl die Beamten heute schon bis zur Belastungsgrenze arbeiten und viele Überstunden vor sich herschieben. Auch werden nötige Neueinstellungen (Anwärter) drastisch nach unten korrigiert (100 statt 150). Da somit die Polizei kaputtgespart wird, die aber wichtig zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist, lehnt der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei Deutschland die von der rot-roten Regierung geplante Reform der Polizeistruktur in der jetzigen Form ab.

Begründung:

Der Antragstext enthält die Herleitung und Begründung der Forderung.

PP02 - Positionspapier “Online-Dienste zur Bürgerbeteiligung”

Antragsteller Uk Wiki-Version: 20:40, 5. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP02 - Positionspapier “Online-Dienste zur Bürgerbeteiligung”

Der Landesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier verabschieden:

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei Deutschland fordert und fördert die verstärkte Nutzung neuer Kommunikationsmedien zur Information und Beteiligung der Bevölkerung. Ein positives Beispiel für die Einbeziehung der Bevölkerung im Land Brandenburg ist die Initiative “Maerker”:

“Maerker ist der Dienst, mit dem Brandenburgerinnen und Brandenburger ihrer Kommune bei der Aufgabenerfüllung helfen. Maerker steht allen Städten und Gemeinden Brandenburgs kostenlos zur Verfügung. Hier können Sie auf einfachem Weg Ihrer Kommune mitteilen, wo es ein Infrastrukturproblem gibt: Schlaglöcher zum Beispiel oder wilde Deponien, unnötige Barrieren für ältere oder behinderte Menschen.”

Über den Online-Dienst “Maerker” können die Bewohner der brandenburgischen Gemeinden und Städte ihrer Stadt-, Gemeinde- oder Amtsverwaltung auf einfachem Weg mitteilen, wo es Probleme in ihren Orten gibt. Die Verwaltung erhält dann die Möglichkeit, dem Fragesteller und allen Nutzern dieser Plattform mitzuteilen, wie sie den Missetand beseitigen

wird. Im weiteren Verlauf informieren Ampelfarben alle Interessierten über den Stand der Bearbeitung. Derzeit beteiligen sich rund 30 Gebietskörperschaften an diesem Projekt, darunter auch die Landeshauptstadt Potsdam sowie Eisenhüttenstadt und Senftenberg. Insgesamt wurden auf diesem Wege bereits rund 3600 Hinweise der Bürger vorgebracht. Der Online-Dienst "Maerker" bietet somit die Möglichkeit der verstärkten Bürgerbeteiligung in den Gemeinden und Städten des Landes Brandenburg. In ihrem unmittelbaren Wohn- und Arbeitsumfeld kennen sich die Einwohner am besten aus. Sie kennen die Straßen, die für Fußgänger oder Fahrradfahrer gefährlich, die Parks oder Spielplätze, die überfüllt oder schlecht ausgestattet sind oder unter Vandalismus leiden. Sie wissen, wo es zu wenige Einkaufsmöglichkeiten gibt oder die Mietpreise überproportional ansteigen.

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei Deutschland fordert daher, dass Anfragen und Hinweise aus der Bevölkerung - außer auf den herkömmlichen Wegen - auch über den Online-Weg eingebracht werden können. Die Verwaltungen aller Kommunen und Gemeinden sollen derartige zentrale Online-Dienste anbieten und nutzen. Die Verwaltungen der Gebietskörperschaften haben die personellen Voraussetzungen - die sich in Grenzen halten - zu schaffen, um die Serviceversprechen der teilnehmenden Kommunen gegenüber der Landesregierung zu erfüllen.

Die Einführung derartiger Dienste führt sowohl auf Seite der Verwaltung, als auch auf Seite der Bürger zu zahlreichen Vorteilen: Für die Verwaltung bedeuten derartige Online-Dienste eine Zeitersparnis, da Anmerkungen öffentlich sichtbar sind und doppelte Einsendungen vermieden werden. Außerdem kann die Kommune ihr Verwaltungshandeln somit transparent offenlegen. Für den Bürger ergibt sich ein Vorteil dadurch, dass der Kontakt zur Verwaltung über das Medium Internet schnell und unkompliziert abzuwickeln ist. Die teilweise langen Wege zu den Verwaltungen in einem dünn besiedelten Flächenland wie Brandenburg können auf diese Weise umweltverträglich kompensiert werden. Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei Deutschland fordert und fördert den aktiven Einsatz derartiger neuer Informations- und Kommunikationsmedien, da dadurch die Bevölkerung stärker eingebunden wird und eine transparentere Darstellung des Verwaltungshandeln erfolgen kann!

Begründung:

Der Antragstext enthält die Herleitung und Begründung der Forderung.

PP03 - Positionspapier "Ablehnung der Anwendung der CCS-Technologie"

Antragsteller AG Umwelt und Energie, vertreten durch Heiko Brucker, Sebastian Pochert, Sven Weller, Christoph Brückmann
Wiki-Version: 11:55, 6. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung
Notizen:

Antragstext:

PP03 - Positionspapier "Ablehnung der Anwendung der CCS-Technologie"

Der Landesparteitag möge die Anwendung der CCS-Technologie, die die Endlagerung von CO_2 im Untergrund sowie in Gewässern zur Folge hätte, ablehnen und dafür Folgendes als Wahlprogramm und/oder Positionspapier zu beschließen: Der Transport von industriell verunreinigtem CO_2 sowie dessen Endlagerung im Untergrund oder in Gewässern bergen eine große Anzahl an potenziellen Gefahren, ökologischen und finanziellen Nachteilen, die bisher noch nicht vollständig zu überblicken sind, und sind mit Grund- und Menschenrechten nicht vereinbar. Einige dieser Gefahren sind Erdbeben und Erdbeben, welche für anliegende Städte und Ortschaften Landschafts-, Gebäude-, Straßen- und Personenschäden bedeuten würden. Die Abscheidung, der Transport und die CO_2 -Endlagerung mindern die Effizienz der fossilen Kraftwerke, wodurch die Stromerzeugung teurer werden würde und sehr viele Steuergelder aufgewendet werden müssten. Aus diesen und weiteren Gründen lehnen wir den Transport von industriell verunreinigtem CO_2 , sowie dessen Endlagerung im Untergrund oder in Gewässern ab. Eine Abscheidung von CO_2 für andere Nutzungsarten wird nicht abgelehnt.

Begründung:

Begriffsklärung

CCS (engl. Carbon (Dioxide) Capture and Storage, deut. Kohlenstoff(dioxid)-Abscheidung und Speicherung) bezeichnet die Abscheidung von Kohlenstoffdioxid (CO_2) insbesondere aus industriellen Prozessen (z.B. Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen) mit dem Ziel der anschließenden Endlagerung, vorrangig in unterirdischen und unterseeischen Speicherstätten. Durch die Endlagerung soll verhindert werden, dass das CO_2 in die Atmosphäre gelangt, wo es als Treibhausgas wirken könnte. Eine Abscheidung von CO_2 zur weiteren Nutzung, z.B. für chemische Synthesen, darf nicht als Teil des CCS-Verfahrens

verstanden werden. Mit dieser Initiative wird nicht das gesamte Technologiefeld abgelehnt werden. Eine Speicherung von CO_2 in Form von Biomasse wird nicht abgelehnt.

Begründung

Es gibt zahlreiche Gefahren, Probleme und Alternativen bezüglich dieser Technologie:

Gefahren

Labor- sowie Feldexperimente zeigen, dass unterirdisch gelagertes CO_2 , beispielsweise durch von Reaktionen spröde gewordenes Gestein, ins Grundwasser und an die Oberfläche gelangen kann. Dieses könnte das Grundwasser ungenießbar machen und Menschen und Tiere ersticken. Die unterirdische Druckzunahme bei der Verpressung könnte Erdbeben, Erdbeben und Oberflächenverformungen induzieren, was Landschafts-, Gebäude-, Straßen- und Personenschäden auch außerhalb des Endlagergebiets zur Folge hätte. Auch die Endlagerung von CO_2 im Meer könnte dortiges Leben durch eine Übersäuerung des Wassers auslöschen. Aus unterirdischen Lagerstätten austretendes CO_2 würde sich auf Bodenniveau ablagern, die Luft verdrängen und kann so Menschen und Tiere ersticken. (Eyer 2004, BMWi 2007, Baxter et. al. 1989) Auch CO_2 , dass beim Transport durch oberirdische Pipelines austreten könnte, könnte solche Katastrophen herbeiführen. Das Explosionsrisiko beim Transport von CO_2 ist zwar erheblich geringer als beim Transport von Erdgas, jedoch erbege sich aus der erheblichen Toxizität des CO_2 -Gemischs, bedingt durch sehr giftige Begleitgase wie Schwefelwasserstoff, Schwefeldioxid und Stickstoffoxide, ein stark erhöhtes Gefahrenpotenzial. (UBA 2006) Zur unterirdischen Speicherung wird eine unterirdische Lagerung in tiefen Sedimentgesteinen, deren Poren mit Salzwasser gefüllt sind, favorisiert. Für eine effiziente Lagerung sind Drücke und Temperaturen notwendig, wie sie in 800 Meter Tiefe und darunter herrschen. Bei diesen Drücken besitzt das CO_2 eine etwas geringere Dichte als das Wasser aber eine erheblich niedrigere Viskosität (fluidaler Zustand) und kann Salzwasser verdrängen. Das verdrängte Salzwasser kann wiederum Grundwasser verdrängen und verschmutzen. Auch kann verunreinigtes CO_2 sich im Grundwasser lösen und es so vergiften. Das von der UN eingestandene Recht auf sauberes Grundwasser und das im Grundgesetz verankerte Recht auf körperliche Unversehrtheit wären gefährdet. Das fixierte CO_2 könnte als Gas wieder freigesetzt werden, falls die Tiefenwässer irgendwo aufsteigen und der Druck damit fällt. (Enick & Klara 1990, Carroll & Mather 1992, Portier & Rochelle 2005)

Nachteile

Die Anwendung von CCS würde jährlich mehrere Milliarden Euro kosten. Am teuersten wären zunächst das Nachrüsten der Kraftwerke und besonders der Bau von Pipelines und CO_2 -Verpressungsanlagen. Ein Kraftwerk, welches das Abscheidungsverfahren einsetzt, benötigt je nach Kraftwerkstyp bis zu 40 % der erzeugten Energie für die Abscheidung. Die Effizienz der Kraftwerke würde sich stark vermindern und mehr Brennstoff benötigt werden. Die Mehrkosten würden die Strompreise erhöhen. Durch den erhöhten Brennstoffbedarf würden Ressourcen stärker ausgebeutet werden. Es würden mehr Tagebaue benötigt, Landschaften schneller zerstört und ein höherer Schaden an Mensch und Natur angerichtet werden. Beim Transport zu Endlagerstätten könnte giftig verunreinigtes CO_2 austreten und Vergiftungen hervorrufen. Würde dieses vorher gereinigt werden, würden sich die Kosten und der Energiebedarf noch stärker erhöhen. Gemäß dem aktuellen Gesetzesentwurf soll 30 Jahre nach Endlagerungsbeginn der Steuerzahler die weiteren Kosten für die Überwachung der Endlager zahlen. Es soll sichergestellt werden, dass das CO_2 jahrtausendlang sicher gelagert wird. Dies wäre finanziell, technisch, materiell und personell nicht durchführbar. Frühestens ab 2020 wäre das Verfahren industriell einsetzbar, bis dahin wären jedoch erneuerbare Energien viel weiter ausgebaut, in der Anschaffung billiger und daher vorzuziehen. Die Anwendung der CCS-Technologie würde die klimafreundlicheren und kostengünstigeren erneuerbaren Energien verdrängen. Die Speicherkapazität aller möglichen Endlager ist begrenzt und wäre in Deutschland nach 50 bis 90 Jahren erschöpft

Bürgerrechtsprobleme

Die Akzeptanz durch die Bevölkerung in den potenziell betroffenen Gebieten ist nicht gegeben. Bürger dieser Gebiete protestieren bereits und weitere Proteste sind angekündigt. Jeder Bürger sollte das Recht haben, selbst entscheiden zu können, ob unter seinem Grund und Boden Industrieabfall entsorgt werden dürfe. Da die meisten Bürger dies ablehnen, darf eine Endlagerung nicht stattfinden. Durch die Endlagerung würde der Wert der betroffenen Grundstücke sinken und die gesamte Region für die Bevölkerung und den Tourismus unattraktiv werden.

Alternativen

Durch den Verzicht auf CCS würden viele staatliche Gelder eingespart werden, welche unter Anderem zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Erforschung der Energiespeicherung, zur Aufforstung zerstörter Wälder, sowie zur Effizienzsteigerung bestehender Energiequellen eingesetzt werden sollten. Außerdem kann CO_2 als Energiespeicher verwendet werden. Man kann es in Methan umwandeln und dieses dann dem Gasnetz zuführen oder in Gaskraftwerken verbrennen, das CO_2 wieder abscheiden und erneut in Methan umwandeln. Dies wäre sinnvoll, wenn regenerative Energieproduktion mehr Strom erzeugt als zu dem Zeitpunkt genutzt wird. Strom würde dann in chemische Bindungsenergie umgewandelt, als solche gespeichert und bei erhöhtem Energiebedarf wieder freigesetzt. Da abgeschiedenes CO_2 in einem Kreislaufsystem als Energiespeicher sinnvoll verwendet werden kann, ist es auch im Hinblick auf die genannten Risiken unnötig, es endzulagern.

Weitere Argumente sowie Quellen befinden sich [hier](#).

Dieser Antrag wurde auch im Liquid Feedback des Landesverbands eingereicht: <https://lqpp.de/bb/issue/show/4.html>

PP04 - Positionspapier “Mehr Demokratie wagen”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:41, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP04 - Positionspapier “Mehr Demokratie wagen”

Der Landesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier verabschieden:

“Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.” Die Legitimation allen staatlichen Handelns ergibt sich aus den Wahlen und Abstimmungen der Bürger. Das gilt direkt für die Legislative, es gilt indirekt für die Exekutive. Die Möglichkeiten für den Bürger, auf die Gestaltung der Politik Einfluss zu nehmen, sind in Brandenburg allerdings viel zu gering. Notwendig ist daher *“mehr Demokratie zu wagen.”*

Mehr Demokratie beim Wählen setzt mehr Einfluss auf die personale Zusammensetzung der Vertretungskörperschaften voraus. Sie setzt außerdem voraus, dass die Wahlentscheidung nicht von vornherein taktischen Erwägungen unterworfen wird. Erhält der Wähler die Möglichkeit, mehrere Stimmen auf einen Kandidaten vergeben zu können (Kumulieren) oder Kandidaten verschiedener Parteien gleichzeitig wählen zu können (Panaschieren), dann steigert sich so der direkte Einfluss auf die Zusammensetzung der Vertretungskörperschaften. Stimmhürden dürfen nicht davon abhalten, die Stimme für neue oder kleine Parteien abzugeben. Zusätzlich zur Hürde ist daher ein Verfahren zu schaffen, auch die Stimmen von Wählern in die Vergabe der Parlamentsmandate einzubeziehen, deren vorrangige Parteiauswahl an der Stimmhürde scheitert (Ersatzstimmen). Auf Grund der unkalkulierbaren Anzahl und Verteilung von eventuellen Überhangmandaten, sind diese abzulehnen.

Demokratie bezieht alle ein: Allen Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt im Land Brandenburg haben, ist die Gelegenheit für demokratische Mitbestimmung in der jeweiligen kommunalen, wie auch landesweiten Politik zu eröffnen. Dafür ist ein zeitgerechtes Staatsangehörigkeitsrecht erforderlich, welches auch ein uneingeschränktes Recht zum Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt im Staatsgebiet vorsieht.

Mehr Demokratie durch Dezentralisierung: Brandenburg ist groß genug, um unterschiedliche Lösungen für politische Probleme in den einzelnen Regionen zu ertragen. Deshalb setzen sich die Piraten dafür ein, den Landkreisen und Kommunen echte und eigene Entscheidungskompetenzen zu sichern.

Mehr Demokratie durch direkte Demokratie: Auch für direktdemokratische Initiativen ist ein größeres Maß an Verbindlichkeit gesetzlich zu verankern. Die bereits bewährten Möglichkeiten eines elektronischen Petitionswesens sollen auch für Brandenburg eingeführt werden. Neue Formen der Bürgerbeteiligung mit Hilfe von elektronischen Interaktionsformen sind zu entwickeln und zu erproben. Neue Modelle der partizipativen Demokratie, wie z.B. der Bürgerhaushalt nach dem Vorbild von Porto Alegre, sind zu entwickeln und umzusetzen.

Begründung:

Der Antragstext enthält die Herleitung und Begründung der Forderung.

PP05 - Positionspapier “Öffentliche Überwachung einschränken”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:36, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP05 - Positionspapier “Öffentliche Überwachung einschränken”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Öffentliche Überwachung einschränken** und nachfolgendem Text aus dem Bereich Bürgerrechte abstimmen:

Die zunehmende pauschale Videoüberwachung im öffentlichen Raum - zum Beispiel auch in öffentlichen Verkehrsmitteln - dient lediglich der gefühlten Sicherheit und greift unverhältnismäßig in die Privatsphäre der Menschen ein. Videoüberwachung kann Straftaten nicht verhindern, sondern höchstens verdrängen. Wir lehnen den weiteren Ausbau der öffentlichen Überwachung strikt ab. Darüber hinaus sind aktuelle Maßnahmen der öffentlichen Überwachung kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls rückgängig zu machen. Die Kosten für die Installation und die Überwachung der Kameras stehen zudem in keiner Relation zum Nutzen. Eine Neuorientierung hin zu effektiven Lösungen, wie besserer Straßenbeleuchtung und mehr Polizeistreifen, ist dringend erforderlich.

Begründung:

Der Antragstext beinhaltet die Begründung.

PP06 - Positionspapier “Eindeutige Kennzeichnung von Polizisten”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:37, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP06 - Positionspapier “Eindeutige Kennzeichnung von Polizisten”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Eindeutige Kennzeichnung von Polizisten** und nachfolgendem Text aus dem Bereich Justiz abstimmen:

Bei geplanten Veranstaltungen, wie Demonstrationen oder Einsätzen bei Sportereignissen, sollen Polizisten eindeutig identifiziert werden können, etwa durch eine Identifikationsnummer. Für den Fall unverhältnismäßiger Gewaltanwendung oder anderer gesetzeswidriger Handlungen durch Polizisten muss sichergestellt werden, dass deren spätere Identifikation möglich ist. Dabei sind die Persönlichkeitsrechte der Polizisten zu wahren. Im Fall einer Anzeige soll daher erst auf richterlichen Beschluss hin die Identifikation erfolgen. Hierfür ist ein geeignetes und praktikables Verfahren zur Verteilung der Identifikationsnummern und zu deren Gestaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei zu entwickeln

Begründung:

Die vergangenen Großdemonstrationen der FSA, S21 und weitere haben gezeigt, dass bei Übergriffen seitens der Polizei eine Strafverfolgung nicht bzw. kaum möglich ist, da auf Grund von Masken / Helmen bzw. fehlenden Kennzeichnungen die Identifizierung betreffender Polizisten nicht möglich ist. Zudem zeigte die jüngste Vergangenheit, dass selbst der eine oder andere Übergriff seitens vereinzelter Polizisten durch Partner bzw dem gesamten Trupp gedeckt wurden. Eine Kennzeichnung, die die Persönlichkeitsrechte der Polizisten wahrt, ist im Gegensatz zum bestehenden Vermummungsverbot erforderlich.

PP07 - Positionspapier “Bürgerfreundliches eGovernment”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:37, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP07 - Positionspapier “Bürgerfreundliches eGovernment”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Bürgerfreundliches eGovernment** und nachfolgendem Text abstimmen:

Der Einsatz von Informationstechnologien in der Verwaltung erlaubt es Privatpersonen und Unternehmen, Amtsgeschäfte ohne lange Wege und Bürokratismus – auch außerhalb der Amtszeiten – abzuwickeln. Wir begrüßen diese Entwicklung und möchten sie weiter vorantreiben. Wir möchten aber auch vor den Schattenseiten warnen. Eine umfassende, zentralisierte Datenverarbeitung erhöht die Abhängigkeit von technischen Systemen und birgt das Risiko von unbeabsichtigter Datenübertragung. Im Falle von sensiblen Daten besteht außerdem die Gefahr missbräuchlicher Datennutzung. Im Bereich des eGovernment ist es besonders wichtig, die Prinzipien Datensparsamkeit und Datenvermeidung zu beachten. Wer keinen Zugang zu Informationstechnologien hat oder deren Nutzung verweigert, darf keine Nachteile haben.

Begründung:

Der Antrag beinhaltet zu Teilen die Begründung.

PP08 - Positionspapier “Freie Software in der Verwaltung”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:37, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP08 - Positionspapier “Freie Software in der Verwaltung”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Freie Software in der Verwaltung** und nachfolgendem Text abstimmen:

Verwaltung und Behörden sollen bevorzugt freie Software einsetzen. Durch die Offenheit des Quellcodes gibt es keine Abhängigkeit von einem bestimmten Softwarehersteller. Dies verbessert die Möglichkeiten für spätere Anpassungen, wenn sich beispielsweise rechtliche Rahmenbedingungen ändern. Bei freier Software entfallen außerdem die Kosten für Lizenzgebühren. Den kurzfristig höheren Kosten für Einarbeitungsaufwand bei freier Software stehen so mittel- und langfristig Einsparungen gegenüber. Wartungsverträge können mit Firmen vor Ort geschlossen werden, was die regionale Wirtschaft fördert.

Begründung:

Der Antrag beinhaltet zu Teilen die Begründung.

PP09 - Positionspapier “Eingeschränkte Datenherausgabe durch Kommunalverwaltungen”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:37, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP09 - Positionspapier “Eingeschränkte Datenherausgabe durch Kommunalverwaltungen”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Eingeschränkte Datenherausgabe durch Kommunalverwaltungen** und nachfolgendem Text abstimmen:

Eine Weitergabe von Meldeinformationen und Meldedaten über Bürger ohne deren Einwilligung lehnen wir ab. Diese Praxis widerspricht dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Stattdessen muss in Zukunft sichergestellt sein, dass die Erlaubnis der betroffenen Bürger eingeholt wurde, bevor Informationen über sie herausgegeben werden. Wurde diese Erlaubnis erteilt, soll der Bürger auf Anfrage Informationen über die getätigten Abfragen erhalten. Es muss zudem möglich sein, die erteilte Erlaubnis jederzeit widerrufen zu können. Liegt keine Einwilligung vor, dürfen die Daten nicht herausgegeben werden.

Begründung:

Der Antrag beinhaltet zu Teilen die Begründung. Wichtiger Hintergrund besteht darin, dass der Bürger in Kenntnis gesetzt wird, wer welche Daten über ihn abgerufen hat (zB. GEZ, Firmen usw.). Darunter fallen nicht die Auskunftersuchen zB. seitens der Polizei und Staatsanwaltschaften.

PP10 - Positionspapier “Senkung des Wahlalters”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:37, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP10 - Positionspapier “Senkung des Wahlalters”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Senkung des Wahlalters** und nachfolgendem Text abstimmen:

Junge Menschen werden mit 14 Jahren strafmündig und uneingeschränkt religionsmündig. Mit 16 beginnen viele Heranwachsende eine Berufsausbildung. Ihre Lebensumstände werden stark durch Entscheidungen in Kommunen und Land beeinflusst. Junge Politik ist nachhaltige Politik. Noch bestimmt der demografische Wandel die Politik. Deshalb müssen die Belange der kommenden Generationen gestärkt werden. Wir setzen uns für ein Wahlrecht auf kommunaler und auf Landesebene von 16 Jahren ein. Dadurch wird die Politik die junge Generation entdecken, was auch dem Bildungssystem zu Gute kommt. Zudem gleicht die Herabsetzung des Wahlalters die Nachteile der fünfjährigen Wahlperiode aus: die Mehrheit der Erstwähler wird dadurch über 18 Jahre alt sein, statt wie bisher über 20 Jahre.

Mit der Senkung des Wahlalters sollen zudem in den Schulen demokratische Wissensgrundlagen rechtzeitig vermittelt werden.

PP11 - Positionspapier “Kostenloser Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:37, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP11 - Positionspapier “Kostenloser Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Kostenloser Kindergarten- und Kinderkrippenbesuch** und nachfolgendem Text abstimmen:

Der Besuch einer vorschulischen Einrichtung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass Kinder in der Grundschule leichter lernen und sich besser in einer Gruppe zurechtfinden. Gleichzeitig können Kindergärten, Kinderkrippen und andere Kindertagesstätten maßgeblich zur Entlastung berufstätiger Eltern beitragen und es manchen Eltern überhaupt erst ermöglichen, einen Beruf auszuüben.

Deshalb wollen wir es aus Landesmitteln ermöglichen, dass der Besuch von Kindergärten nach dem dritten Lebensjahr und der Besuch von Kinderkrippen bereits nach dem ersten Lebensjahr für jedes Kind kostenlos angeboten wird. Damit erhalten alle Kinder, unabhängig von ihrem familiären und gesellschaftlichen Hintergrund, möglichst gleiche Voraussetzungen für ihren weiteren Bildungsweg.

Begründung:

Der Antrag beinhaltet die Begründung.

PP12 - Positionspapier “Transparente Gesetzgebung”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:37, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP12 - Positionspapier “Transparente Gesetzgebung”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Transparente Gesetzgebung** und nachfolgendem Text abstimmen:

Um die Entstehung von Gesetzen nachvollziehen zu können, wollen wir bereits die Referentenentwürfe von Gesetzen sowie das Ergebnis der Verbändeanhörung öffentlich machen. Jeder Bürger soll Stellung zu Gesetzesvorhaben nehmen können. Wir wollen verhindern, dass Vertreter von Verbänden oder Unternehmen Gesetze schreiben.

Begründung:

Der Antrag beinhaltet die Begründung.

PP13 - Positionspapier “Familienfreundliche Ganztagesbetreuung an Schulen”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:37, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP13 - Positionspapier “Familienfreundliche Ganztagesbetreuung an Schulen”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Familienfreundliche Ganztagesbetreuung an Schulen** und nachfolgendem Text abstimmen:

Staatliche Bildungseinrichtungen müssen den Familien dabei helfen, den Anforderungen des heutigen Familien- und Berufslebens gerecht zu werden. Dafür soll mit Landesunterstützung an allen Schulen ein Angebot zur Ganztagesbetreuung bereitgestellt werden. Das Betreuungsangebot ergänzt den Unterricht um zusätzliche Bildungsmöglichkeiten und Aktivitäten. Neben Wahlfächern, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe soll ein möglichst breites Angebot an kulturellen oder sportlichen Tätigkeiten ermöglicht werden. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Vereinen zu beiderseitigem Vorteil ausdrücklich erwünscht.

Begründung:

Der Antrag beinhaltet die Begründung.

PP14 - Positionspapier “Schulspeisung”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:38, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP14 - Positionspapier “Schulspeisung”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Schulspeisung** und nachfolgendem Text abstimmen:

Eine gesunde Ernährung ist aus Gründen der körperlichen und geistigen Entwicklung und der Konzentrationsfähigkeit der Kinder wichtig. Berufstätige Eltern, besonders Alleinerziehende, haben nicht immer die Möglichkeit, ihren Kindern ein Mittagessen zu bieten. Schulspeisungen können dazu beitragen, dass sich ihre Kinder trotzdem ausgewogen ernähren. Wir fordern daher die Einführung vollwertiger Schulspeisungen an allen Schulen und Kindertagesstätten. Die Finanzierung dieser Schulspeisungen ist so zu gestalten, dass alle Schüler unabhängig von der sozialen oder finanziellen Lage der Familie diskriminierungsfrei daran teilnehmen können. Bei der Planung ist zu berücksichtigen, ob die Verwaltungskosten für die Essensgebühren die Einnahmen übersteigen und eventuell eine vollständig kostenlose Schulspeisung günstiger wäre.

Begründung:

Der Antrag beinhaltet die Begründung.

PP15 - Positionspapier “Biometrische Daten”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:38, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP15 - Positionspapier “Biometrische Daten”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Biometrische Daten** und nachfolgendem Text abstimmen:

Wir lehnen die Erfassung biometrischer Daten ohne Anfangsverdacht sowie deren Speicherung ohne nachgewiesene Straftat kategorisch ab.

Begründung:

Ohne Begründung ..

PP16 - Positionspapier “Keine Volkszählung 2011”

Antragsteller FireFox Wiki-Version: 23:38, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP16 - Positionspapier “Keine Volkszählung 2011”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Keine Volkszählung 2011** und nachfolgendem Text abstimmen:

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei Deutschland positioniert sich klar für den Schutz der informationellen Selbstbestimmung und setzt sich daher für einen ungehenden Stopp der Volkszählung 2011 ein.

Begründung:

Was ist der Zensus 2011? “eine registergestützte und um eine zusätzliche Stichprobe ergänzte Volkszählung einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung sowie eine Vollerhebung in Sonderbereichen mit Stichtag 9. Mai 2011.” (aus: Statistisches Bundesamt, Presseinformation Print-Mappe Hintergrundgespräch 20.08.2010) Das bedeutet:

- a) registergestützt: Es werden, ohne das die Betroffenen hiervon überhaupt im Einzelfall durch konkrete Einwilligungsnachfrage erfahren oder hiergegen Einspruch erheben können, Daten verschiedener Behörden übertragen, zusammengeführt und ausgewertet (Erwerbsstatistische Register und Melderegister). Auszug aus den Informationen des Statistischen Bundesamts zum Zensus 2011: Daten aus erwerbsstatistischen Registern Bundesagentur für Arbeit (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: ca. 27 Mill.) Öffentliche Arbeitgeber (Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Soldaten/-innen: 1,8 Mill.)
- b) Stichproben: Fragebögen Weitere, umfassende Daten werden durch eine ausführliche, verpflichtende Stichprobenbefragung von etwa 10 % der Gesamtbevölkerung erhoben. Hierbei werden Informationen und Merkmale, welche nicht in den Registern enthalten sind, abgefragt, insbesondere detaillierte Fragen zur Erwerbstätigkeit, zur Bildung, zu Familienstand und Zusammenleben, Zuwanderung und zur Religionszugehörigkeit (wobei die Angabe der rechtlichen Religionszugehörigkeit verpflichtend, die zum persönlichen Bekenntnis zu einer Glaubensrichtung oder Weltanschauung aber freiwillig ist).

- c) Gebäude- und Wohnungszählung: Alle Eigentümer von Wohnraum werden ausnahmslos verpflichtet, Daten über den in ihrem Besitz befindlichen Wohnraum zu liefern. Diese Daten sind vollständig personenbezogen: Die Eigentümer sind für jedes Wohnobjekt verpflichtet, den Namen mindestens eines Wohnungsinhabers an die Behörde zu übermitteln. Dies geschieht ohne die Verpflichtung zu einer Mitteilung hierzu an die Betroffenen. Weitere Daten, welche im Zuge der Gebäude- und Wohnungszählung erfasst werden: Baujahr, Zahl der Wohnungen im Objekt, Wohnfläche, Wohnausstattung insb. hinsichtlich Art der Heizung und Sanitärausstattung, Besitzverhältnisse. Die Vorerfassung zur Gebäude- und Wohnungszählung hat durch die Übersendung eines so genannten Vorbereitungsbogens bereits im Oktober begonnen.
- d) Datenzusammenführung beim Statistischen Bundesamt Die Zusammenführung der Daten aus a, b und c erfolgt durch das Statistische Bundesamt. Die Daten werden über so genannte Hilfsmerkmale (Anschrift, Name, Geburtsdatum) für den Zeitraum der Bearbeitung und Auswertung personengebunden gespeichert. Auch die Prüfung von Fehl Datensätzen/Duplikaten wird mit diesen Hilfsmerkmalen durchgeführt.

Daten aus den Melderegistern: Demografische Daten (Alter, Geschlecht, Familienstand); Staatsangehörigkeit, Geburtsland, Haupt-/Nebenwohnsitz Daten über Haushaltszusammenhänge: Verzeigerungen (Ehepaare, Kinder), Einzugsdatum und weitere rechtliche Religionszugehörigkeit (Kirchensteuer) Bundesweites Zusammenspielen der Daten aus kommunalen Melderegistern, Mehrfachprüfung inkl. Klärung Haupt-/Nebenwohnsitz am Zensusstichtag insgesamt 3 Datenlieferungen an die Statistischen Ämter: Stand 01.November 2010; Zensus-Stichtag 09.Mai 2011; Stand 09. August 2011.

Das heißt im Klartext: Es entsteht hier eine eindeutig zuordenbare, personenbezogene Datenbank – auch, wenn diese, wie das Statistische Bundesamt beteuert, dass die Datenhaltung dezentral erfolgt, es ein Datenrückspielverbot gibt (d.h., die Herkunftsregister bleiben unverändert) und laut Statistischem Bundesamt zu keinem Zeitpunkt eine “Veröffentlichung von Einzeldaten oder Daten, bei denen aufgrund von Kenntnis anderer Ergebnisse auf Einzeldaten geschlossen werden kann”, stattfinden wird.

PP17 - Positionspapier “Depublizieren wieder abschaffen”

Antragsteller Firefox Wiki-Version: 23:38, 15. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP17 - Positionspapier “Depublizieren wieder abschaffen”

Der Landesparteitag möge über das Positionspapier mit dem Titel **Depublizieren wieder abschaffen** und nachfolgendem Text abstimmen:

Die Piratenpartei Brandenburg spricht sich gegen das sogenannte “Depublizieren” von Internetinhalten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus. Unter Verwendung von Gebührengeldern produzierte Inhalte müssen den Gebührenzahlern zeitlich unbegrenzt im Internet zur Verfügung gestellt werden können.

Die Piratenpartei Brandenburg setzt sich zudem dafür ein, dass der entsprechende Passus aus dem Rundfunkstaatsvertrag wieder gestrichen wird.

Begründung:

Seit Inkrafttreten des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages am 1. Juni 2009 sind öffentlich-rechtliche Sendeanstalten verpflichtet, einen Großteil ihrer gebührenfinanzierten Sendungen nach 7 Tagen aus dem Internet zu entfernen. Diese erzwungene Informationsvernichtung ist nicht hinzunehmen, zumal die Sendungen von der Allgemeinheit finanziert werden.

PP18 - Positionspapier “Verbunddatei ‘Gewalttäter Sport’ abschaffen oder Bedingungen anpassen”

Antragsteller Uk (im Auftrag der AG TDBD) Wiki-Version: 20:42, 18. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

PP18 - Positionspapier “Verbunddatei ‘Gewalttäter Sport’ abschaffen oder Bedingungen anpassen”

Der Landesverband Brandenburg der Piratenpartei will sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die sogenannte “Gewalttäter Sport”-Datei entweder abzuschaffen oder zumindest einen angemessenen Datenschutz-Standard durch folgende Vorschriften sicher zu stellen:

- Eintrag frühestens bei dringendem Tatverdacht, nicht schon bei Anfangsverdacht oder gar Platzverweisen/Personalienkontrollen ohne konkreten Vorwurf.
- Sofortige schriftliche Information des Betroffenen über den Postweg, sobald ein Datensatz angelegt oder verändert wird.
- Sofortige Löschung des entsprechenden Datensatzes, wenn das Ermittlungsverfahren in einem Freispruch oder in einer Verfahrenseinstellung nach §170 (2) StPO endet.
- Strenge Prüfung der Notwendigkeit des Eintrags, falls das Verfahren in einer Einstellung nach §153 ff. StPO endet.
- Ständige Kontrolle durch den zuständigen Datenschutzbeauftragten, ob diese Regelungen auch eingehalten werden.

Solange der Betrieb der Datei nicht nach diesen Grundsätzen erfolgt, soll die Brandenburger Polizei nicht mehr auf sie zugreifen dürfen, wobei u.U. eine Übergangsfrist zu gewähren ist.

Begründung:

In der Datei “Gewalttäter Sport” speichern die verschiedenen Polizeiorgane bundesweit Erkenntnisse über Personen, die sie verdächtigen, evtl. in Zukunft Straftaten zu begehen. Sie dient also der Prävention, was als Argument genutzt wird, weswegen rechtsstaatliche Verfahren nicht notwendig sind. Die Polizeiorgane stehen außerdem massiv in der Kritik von Fanorganisationen, sie würden exzessiv Leute in die Datei eintragen, bei denen keine Veranlassung dazu besteht.

- Es findet in der Regel keinerlei Information der Betroffenen statt. Im Zweifelsfall erfährt man das genau dann, wenn man von der Bundespolizei daran gehindert wird in seinen gebuchten und bezahlten Urlaubsflieger einzusteigen. (Keine Theorie. Das ist Leuten passiert.)
- Manche Polizeidienststellen tragen routinemäßig jeden ein, der im Umfeld eines Fußballspiels irgendwie aufgefallen ist. Aufkleber geklebt, wild gepinkelt, etc. Eine Kontrolle ist kaum möglich, da man von dem Eintrag ja in der Regel nichts mitkriegt.
- Um dort eingetragen zu werden, muss man nicht etwa vor Gericht einer Straftat überführt worden sein, nein, die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens reicht völlig aus, oder auch ein einfacher Platzverweis.
- Oft reicht es, in einer Fangruppe unterwegs zu sein, in der die Polizei “bekannte Gewalttäter” erkennt. Sich aus der Gruppe zu entfernen, wie die Polizei rät, ist aber oft gar nicht möglich, weil man im Kessel zum Stadion geführt wird.
- Oder es wurde in der Nähe eine Straftat begangen, der Täter kann nicht gefunden werden, also werden von allen Umstehenden die Personalien aufgenommen, und sie landen in der Datei.
- Selbst wenn ein Ermittlungsverfahren in einem Freispruch endet, oder in einer Verfahrenseinstellung, bleibt der Eintrag bestehen.

Die Folgen für Betroffene können aber durchaus eklatant sein:

- Platzverweise, Kessel oder Vorbeugehaft im Umfeld von Fußballspielen
- Meldeauflagen, um nicht zu bestimmten Fußballspielen anreisen zu können
- Ausreiseverweigerung an Flughäfen, wenn im Zielland demnächst ein wichtiges Fußballspiel stattfindet
- deine örtliche Polizeidienststelle versucht dich dazu zu überreden, “freiwillig” eine DNA-Probe abzugeben
- Der Erwerb von Eintrittskarten für sportliche Großereignisse wie Weltmeisterschaften wird verwehrt.
- usw.

Der derzeitige Betrieb der Datei ist daher für Piraten untragbar.

Bemerkungen:

- Originaltext findet sich im Entwurf des Wahlprogrammes der Hamburger Piraten
- Die AG TDBD hat das Thema schon länger zur Diskussion auf der Todoliste (diskutiert wurde leider nicht viel), siehe auch Beitrag im Landesforum
- weitere Informationen:
 - http://de.wikipedia.org/wiki/Zentrale_Informationsstelle_Sporteinsätze
 - <http://www.profans.de/gewalttater-sport>
- Strafprozeßordnung (StPO)
 - §153
 - §170
- Als Fussballfan fühle ich mich als Antragsteller direkt betroffen.

Teil IV.

Sonstige Anträge

1. Liquid Feedback

SA01 – LiquidFeedback

Antragsteller Andreas Wiki-Version: 23:14, 7. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

SA01 – LiquidFeedback

Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

LiquidFeedback dient in der derzeitigen Form und Funktion nicht der Piratenpartei Brandenburg als Plattform zur Meinungsbildung innerhalb der Partei. Insbesondere darf der Vorstand des Landesverbandes Brandenburg die Abstimmungsergebnisse nicht als Meinungsbild aller Piraten des Landesverbandes interpretieren. Gleichzeitig rufen wir zur Beteiligung an der Konzeption und Entwicklung des Projektes auf, damit wir es nach der Fertigstellung, die unsere Parteiarbeit unterstützenden Funktionalitäten nutzen können.

Begründung:

Eine Meinungsbildung wird nicht durch Unterstützer von Initiative oder Anträgen bzw. einer Zustimmung/Ablehnung oder Enthaltung gebildet, sondern durch Analyse von gesellschaftlichen Problemen, Ausarbeitung von Thesen und Erarbeitung von Lösungsansätzen und vor allem durch Diskussion. Einer der wichtigsten Grundpfeiler der politischen Willensbildung sollte, nicht nur weil es im Parteiengesetz so steht, sondern weil es unserem Bild eines mündigen Bürgers vorausgeht, die politische Bildung sein. Hierzu stellt LiquidFeedback keinerlei Funktionalität zur Verfügung.

Die sehr gute Idee, eines Abstimmungstools wurde leider durch mangelnde konzeptionelle Arbeit, ad absurdum geführt. Besonders die Funktion der Delegation widerspricht in eklatanter Weise den Grundprinzipien der Piraten – der Basisdemokratie.

Das Konzeptionsdefizit wird weiterhin besonders in der Gestaltung der Oberfläche und der Nutzerführung deutlich. Bis zu vier untereinander liegende Menüleisten entsprechen wohl nicht dem, was ein Fachmann als “usability” bezeichnet. Eine Übersicht, wo man sich gerade befindet oder eine Erklärung der verwendeten Symbole sucht man vergebens.

Da wir LiquidFeedback nicht generell ablehnen sollten, sondern den Entwicklern Zeit zur Definition und Umsetzung der Anforderungen für eine Nutzung in unserer Partei geben wollen, bitte ich den Parteitag die Nutzung von LiquidFeedback insbesondere durch den Vorstand als Spiegel unserer Meinungen bis auf weiteres abzulehnen. Hiermit wird ausdrücklich nicht die Beteiligung an der Entwicklung oder die Beteiligung an Initiativen oder deren Abstimmung zu Testzwecken abgelehnt.

SA02 – Meinungsbilder zu LiquidFeedback

Antragsteller Sebastian Pochert Wiki-Version: 22:39, 30. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

SA02 – Meinungsbilder zu LiquidFeedback

Der Landesparteitag wird gebeten, Meinungsbilder über folgende Streitpunkte bezüglich LiquidFeedback in der Form dafür/ dagegen abzugeben. Der Antrag bezieht sich ausschließlich auf die LiquidFeedback-Instanz, die in naher Zukunft im Landesverband Brandenburg initiiert werden könnte.

1. Eine anonyme Nutzung von LiquidFeedback soll nicht möglich sein.
2. Das Erstellen von Anregungen und Initiativen soll anonym möglich sein.
3. Anonyme Abstimmungen sollen nicht möglich sein, da in diesem Fall das System nicht nachvollziehbar wäre und einem Wahlcomputer gleichen würde.
4. Die Möglichkeit, seine Stimme zu delegieren, ist nicht nötig.
5. Delegationen sollten zeitlich (z.B. auf 1 Jahr) begrenzt werden.
6. Die Möglichkeit, seine Stimme zu delegieren ist schädlich, da damit „beliebte“ LiquidFeedback-Nutzer übermäßig viele Delegationen auf sich vereinigen könnten und damit einen zu großen Einfluss auf das Abstimmungsergebnis hätten.
7. Delegierte Stimmen sollen ein geringeres Stimmgewicht als direkt abgegebene Stimmen haben.
8. Eingehende Delegationen sollten abgelehnt werden können.
9. Delegationen sollten nicht eingeschränkt werden.
10. Das Einsehen von Initiativen und Anregungen soll auch nicht registrierten Nutzern möglich sein. Der Autor einer Initiative/Anregung ist dabei für nicht registrierte Nutzer nicht sichtbar.
11. Es soll eine Namenshistorie angelegt werden, die es ermöglicht, dass Nutzer ihr Pseudonym ändern und
12. Die Namenshistorie soll nur für Administratoren einsehbar sein.
13. Der Landesvorstand sollte sich bei an ihn gerichteten Anträgen möglichst an in LiquidFeedback-Meinungsbilder halten.
14. Nur stimmberechtigte Piraten im Landesverband sollten die LiquidFeedback-Instanz nutzen dürfen.
15. Die Funktion „Auto-Ablehnen“ sollte es nicht geben.
16. Die Daten von Nutzern, die das Recht, die LiquidFeedback-Instanz zu nutzen, z.B. durch Austritt verlieren, sollten aus dem System gelöscht werden.

Falls noch jemand ein paar Streitpunkte hat, füge ich die gerne dem Antrag hinzu.

Begründung:

Ich erachte den Antrag als notwendig, um zu erfahren, wie der Landesparteitag - und damit das höchste Organ des Landesverbands - zu bestimmten Streitpunkten steht. Mit dieser Legitimation könnte dann die AG LiquidFeedback nach dem Landesparteitag entsprechende Nutzungsbedingungen und Datenschutzrichtlinien erarbeiten.

Folgende Links könnten hilfreich zu LiquidFeedback sein:

- [Bundesinstanz](#)
- [Bundesinstanz – Nutzungsbedingungen](#)
- [Bundesinstanz – Datenschutzerklärung](#)
- [Bundesinstanz – Häufig gestellte Fragen](#)
- [Bundesinstanz – Betriebsdokumentation](#)
- [Landestestinstanz](#)
- Die Testinstanz gleicht bisher der LiquidFeedback-Instanz der Berliner Piraten. Weitere Informationen finden sich [hier](#)

SA03 – LiquidFeedback-Nutzungsbedingungen; Zeitpunkt des Systemstarts

Antragsteller Sebastian Pochert Wiki-Version: 22:36, 30. Jan. 2011

Ja Nein Enthaltung

Notizen:

Antragstext:

SA03 – LiquidFeedback-Nutzungsbedingungen; Zeitpunkt des Systemstarts

Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, dafür zu sorgen, dass Nutzungsbedingungen und Datenschutzrichtlinien für die geplante LiquidFeedback-Instanz bis zum 10. April 2011 ausgearbeitet werden. Dazu kann er insbesondere mit der AG LiquidFeedback und allen weiteren Interessierten zusammenarbeiten oder die Aufgabe vollständig an jene abgeben. Es wird sich darum bemüht, dass möglichst viele Piraten dabei mitarbeiten können.

Der Landesvorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass ein Start der LiquidFeedback-Instanz des Landesverbands in der Woche vom 18. - 22. April 2011 erfolgen kann.

Begründung:

Um Nutzungsbedingungen und Datenschutzrichtlinien für die geplante LiquidFeedback-Instanz ausarbeiten zu können, halte ich es für erforderlich, dass der Landesparteitag mit dem Antrag Meinungsbilder zu LiquidFeedback bestimmte Streitpunkte klärt. Daraufhin können Nutzungsbedingungen und Datenschutzrichtlinien ausgearbeitet werden, die dem Beschluss des Landesparteitags entsprechen. Außerdem soll ein Fahrplan angelegt werden, bis wann was erfolgen soll, um eine weitere Möglichkeit der Partizipation der Piraten des Landesverbands nicht weiter hinauszuzögern.